



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



JAHRE

1957 – 2017



Akademie feiert 60-jähriges Bestehen: Mobilisierung der Demokratie

Ort der Reflexion in kontrafaktischen Zeiten

ab Seite 3

Baustelle Europa

Zunehmender Nationalismus, der Brexit, Populismus und die schwierigen Beziehungen zu den USA und der Türkei erschweren derzeit eine europäische Politik aus einem Guss.

ab Seite 7

Smart und zügellos?

Die Digitalisierung verändert Wirtschaft, Arbeit, Politik, Infrastrukturen und Kommunikation. Unsere Gesellschaft ist in allen ihren Lebensbereichen betroffen.

Seite 14

Panik durch Medien

Amokläufe und Terror werden in Sekundenschnelle und Echtzeit über die „sozialen“ Medien wie Twitter und Facebook weltweit in einem Schneeballsystem verbreitet.

Seite 16

Blick über den See

Inhalt

- AKADEMIEJUBILÄUM
- 3** Ort der Reflexion in kontraktionszeitlichen Zeiten
- 5** Die zweite Hälfte der zweiten Chance
- EUROPA
- 7** Lichtblicke auf der Baustelle Europa
- 8** Zeit der Weichenstellungen
- 9** Von der Liebe der Stachelschweine
- 10** Nach dem Brexit in der Kernsubstanz getroffen
- WIRTSCHAFT
- 11** Schattenseiten der Vollbeschäftigung
- 13** E-Ladestationen für Gäste und Mitarbeiter
- DIGITALISIERUNG
- 14** Smart, effizient, zügellos?
- MEDIEN
- 16** Die panische Mediengesellschaft
- INNENPOLITIK
- 18** Konzepte für Staatsbürgerschaft im Zeitalter der Migration
- 20** Abgrenzung oder Anerkennung?
- POLITISCHE BILDUNG
- 21** Anstöße für eine Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften
- KOMMUNALPOLITIK
- 22** Keine Sisyphusarbeit
- 24** Sicherheit in den Städten
- SOZIALPOLITIK
- 26** Sozialstaat oder Suppenküche?
- ZEITGESCHICHTE
- 28** Verfolgung, Frustration und Fummelfeten
- PERSONALIA
- 30** Der Bildungsenthusiast wird uns fehlen
- 31** Personelle Veränderungen im Beirat der Akademie
- 32** Ein Freund und Förderer von Druckwerk und „schwarzer Kunst“
- AKADEMIE INTERN
- 17** Personalverzeichnis
- 32** Impressum
- 33** Prominente Gäste beim Sommerfest
- 33** 20 neue Positionen
- 34** Neuerscheinungen
- 35** Medienspiegel
- 38** Termine
- 40** Namen – Nachrichten



„Benutzen Sie Ihren Verstand, bevor Sie diese Nachricht weiter verbreiten.“ Es spräche viel dafür, diese 72 Zeichen jedem „Tweet“ mit auf den Weg zu geben. Gerade vor der anstehenden Bundestagswahl. Schließlich scheint die Sorge begründet, dass versucht werden könnte, Wählerinnen und Wähler durch gezielte Falschmeldungen auf online-Plattformen oder durch

die Verbreitung von Halbwahrheiten mittels der sozialen Netzwerke zu verunsichern und so auf die öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen.

Dass dafür nicht einmal Menschen tätig werden müssen, sondern es genügt, „Social Bots“ zu programmieren, ist längst bekannt. Nicht bekannt oder zumindest sehr umstritten ist dagegen die Antwort auf die Frage, wie man der Gefahr der systematischen Desinformation mit den Mitteln des Rechtsstaates Herr werden kann. Das Setzen auf die große Löschtaste, also den Einsatz von Überwachungsinstanzen zum Kampf gegen Falschmeldungen und illegitime Beeinflussungsversuche, ist der falsche Weg. Schließlich besteht die Gefahr, dass mit dem Aufbau derartiger Infrastrukturen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, also der Meinungs- und Informationsfreiheit ein Schaden zugefügt wird, den selbst das hehre Ziel des Kampfs gegen gezielte Falschinformationen nicht rechtfertigen kann; schon gar nicht, wenn die Entscheidung über Löschaktionen maßgeblich bei den privaten Plattformbetreibern liegt.

Wirksamer und auch mit den Grundprinzipien unserer Verfassung vereinbar ist es dagegen, bei den Nutzerinnen und Nutzern der online-Medien anzusetzen. Wir benötigen mehr denn je eine breite Medienbildung der Bevölkerung, die darauf reagiert, dass die Erzeugung und Verbreitung von Nachrichten nichts Exklusives mehr ist. Wir alle sind gehalten, aus dieser Revolution des Informations- und Kommunikationswesens die Konsequenzen zu ziehen, die einer freiheitlichen Demokratie angemessen sind. Das Einschalten des eigenen – politisch gebildeten – Verstandes ist das beste Mittel gegen unstatthafte Beeinflussungsversuche. Nicht nur in Zeiten des Wahlkampfes.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Festakt im Landtag

Ort der Reflexion in kontrafaktischen Zeiten

Die politischen Spitzen Bayerns würdigten die Akademie zu ihrem 60. Geburtstag.

ZUSAMMEN mit mehr als 400 hochrangigen Gästen aus Politik, Medien, Wissenschaft, Bildung und Justiz feierte die Akademie im Bayerischen Landtag ihr 60-jähriges Bestehen. Man kehrte damit wieder – wie auch schon bei den früheren Jubiläumsfeiern – an den Geburtsort dieser in Deutschland einzigartigen Einrichtung zurück. Denn dort begann mit der Verabschiedung des Akademiegesetzes im Mai 1957 durch die damalige Vierer-Koalition aus SPD, FDP, Bayernpartei und BHE die Geschichte der Akademie. Zum Geburtstag gratulierten die politischen Spitzen Bayerns, darunter Ministerpräsident Horst See-



Blumen zum Akademiegeburtstag vom Ministerpräsidenten für die Akademiedirektorin

mehr Zeit zum Nachdenken und zur Reflexion. „Das, was wir die oft nicht haben, ist vielleicht auch ein Grund für das schlechte Ansehen der Politiker.“



Akademiedirektorin Ursula Münch begrüßte die über 400 hochrangigen Gäste im Senatsaal des Maximilianeums.



Landtagspräsidentin Barbara Stamm: „Die Akademie ist immer aktuell und auf der Höhe der Zeit.“

hofer, Landtagspräsidentin Barbara Stamm und der SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher. Festredner war der britische Historiker und diesjährige Träger des Karlspreises Timothy Garton Ash.

Kraftzentrum politischer Bildung

Demokratie erfordere lebenslanges Lernen und Zeiten des ruhigen Nachdenkens. Gerade in diesen unruhigen Zeiten, die durch Nationalismus, Populismus und Terrorismus gekennzeichnet seien, sei politische Bildung nötiger denn je, sagte Landtagspräsidentin Stamm. Sie wünschte sich in der hektischen Tagespolitik mit immer kürzeren Reaktionszeiten oft auch

Die Themenliste der seit über 20 Jahren gemeinsam durchgeföhrten Akademiegespräche sei lang und beeindruckend. „Sie dokumentiert, dass die Akademie immer aktuell und auf der Höhe der Zeit ist“, sagte die CSU-Politikerin und erinnerte auch daran, dass ihre damals oppositionelle Partei gegen das Akademiegesetz gestimmt habe. Sie betonte jetzt: „Ein Kraftzentrum politischer Bildung sollte sie sein, nach den entsetzlichen Erfahrungen, die unser Land mit den Nationalsozialisten gemacht hat. So ein Kraftzentrum ist sie geworden.“

Schlagwortpopulismus

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher freute sich darüber, dass die CSU mittlerweile zur Akademie stehe. Erinnerte daran, dass in seiner Partei Waldemar von Knoeringen, Wilhelm Hoegner und vor allem Hans-Jochen Vogel die Akademiegründung vorangetrieben hatten. Das sei ja bis heute ein Prinzip bayrischer Landespolitik: „Die SPD macht Vorschläge, die CSU findet



SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher: „In Zeiten des Schlagwortpopulismus brauchen wir Orte wie Tutzing dringender denn je.“

© Rolf Poss

die zunächst doof und lehnt sie mit ihrer Mehrheit im Landtag ab. Ein paar Jahre später holt sie sie aus der Versenkung und macht sie zu ihrem eigenen Gesetzesvorschlag und lässt sich für die Reform feiern.“ Gerade in Zeiten des Schlagwortpopulismus braucht man Orte wie Tutzing dringender denn je zum Austausch und zum kritischen Hinterfragen. Der Oppositionsführer im Landtag, dem im Akademiegesetz ja auch eine besondere Rolle zugeschrieben wird, erinnerte dabei an ein Knoeringen-Wort: „Das Gespräch ist die Seele der Demokratie.“

Kontakt ohne Kumpanei

„Das kommt bei der CSU häufiger vor, dass wir am Anfang dagegen waren und jetzt dafür“, hatte Ministerpräsident Seehofer bereits in seinem Grußwort erklärt. Neutralität und Qualität seien wesentliche Kennzeichen der Akademie. Er erinnerte an die Besonderheit, dass die Akademie zwar wesentlich vom Freistaat finanziert werde, aber dennoch immer neutral in ihrer Ausrichtung ist: „Für die Kritik, die wir aus Tutzing bekommen, zahlen wir auch noch.“ Dazu komme eine enorme inhaltliche Qualität: „Wir hören zu und berücksichtigen Ihre Analysen, weil sie gut sind. So angenehm die Gespräche auch sind, so objektiv und schonungslos ist Ihr Urteil.“ Aus Tutzing werde man als Politiker mit wenig Barmherzigkeit überzogen. Der Kontakt sei gut, werde aber nie zur Kumpanei.

Die zahlreichen Ehrengäste beim Empfang der Landtagspräsidentin im Steinernen Saal des Maximilianeums



Ministerpräsident Horst Seehofer: „Neutralität und Qualität sind wesentliche Kennzeichen der Akademie.“

Der Kuratoriumsvorsitzende Friedrich W. Rothenpieler erinnerte an 60 Jahre der politischen Bildung in Tutzing und wies auf die bewundernswerte Knappheit, Präzision sowie den Weitblick des Akademiegegesetzes hin. Dass es bisher ohne jegliche Nachbesetzungen gültig sei und sicherlich noch weitere 60 Jahre so gelten könne, sei einem jungen Referenten in der Staatskanzlei zu verdanken: dem späteren Bundesjustizminister und SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel – der bei unserem Festakt 2017 auch anwesend war.

Das Ziel von Manfred Hättich, dem zweiten Akademiedirektor von 1970 bis 1993, war Rationalität. „Das ist heute in kontraktiven Zeiten wichtiger denn je“, sagte Rothenpieler. Direktor Heinrich Oberreuter (1993 bis 2011) habe durch seine scharfsinnigen Analysen das Profil der Akademie geschärft und sie auch in die Medien getragen. Die jetzige Direktorin Ursula Münch, die gerade für eine zweite Amtszeit wiedergewählt wurde, habe das Themenspektrum seit 2011 erweitert und auch methodisch – zum Beispiel mit Politiksimulationen – neue Akzente gesetzt.



Kuratoriumsvorsitzender Friedrich W. Rothenpieler forderte mehr politische Bildung für Verwaltungsbeamte.

Gewandt an den Ministerpräsidenten Seehofer regte der Kuratoriumsvorsitzende an, mehr politische Bildung für Verwaltungsbeamte anzubieten. Es sei nötig und sinnvoll, die Wertegebundenheit unserer demokratischen Ordnung gelegentlich auch den Spitzen von Verwaltung und Justiz zu vermitteln.

Für die musikalische Umrahmung des Festaktes im Landtag sorgte das Anna Holzhauser Trio mit ihr als Sängerin, Josef Ressle am Piano und Rene Haderer am Kontrabass.

*Michael Schröder
(siehe Presseschau Seite 37)*



„Das Gespräch ist die Seele der Demokratie.“

*Waldemar von Knoeringen,
SPD-Vorsitzender in Bayern und
Begründer der Akademie (1906 – 1971)*

Festrede

Die zweite Hälfte der zweiten Chance

Festredner Timothy Garton Ash umriss die neue Rolle Deutschlands in Europa und der Welt.

SELBST IN ALTGEDIENTEN DEMOKRATIEN wie Großbritannien und den USA bedrohe ein nationalistischer Populismus die freiheitliche Grundordnung. Wenn nur noch die Hälfte der jungen Europäer die Demokratie für die beste Regierungsform hielt, „ist politische Bildung nötiger denn je“, betonte Garton Ash. Die Menschen seien anfällig für die „Sirenengesänge“ von Politikern wie Orbán in Ungarn, Le Pen in Frankreich oder Wilders in den Niederlanden, die ihre illiberalen Regime der liberalen Demokratie vorziehen und dafür auch Unterstützung bekommen.

Mit der Einheit 1990 bekam Deutschland eine „zweite Chance“ (Fritz Stern). Auch wenn europäische Politiker wie die damalige britische Premierministerin Thatcher ausgesprochen skeptisch gegenüber der Deutschen Einheit waren, so könne man doch heute feststellen, dass die Deutschen diese zweite Chance nach 1945 ergriffen und gut genutzt hätten. Die finsternen Prognosen eines „Vierten Reiches“ seien nicht eingetreten. Mit den östlichen Nachbarn gebe es eine gute und friedliche Nachbarschaft, man sei sogar in der EU wirtschaftlich miteinander verwoben. Die NATO-Partner machen sich keine Sorgen wegen der militärischen Stärke, sondern würden im Gegenteil eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben erwarten. Weltweit würde Deutschland als „soft power“ am positivsten gesehen – zehn Punkte vor Frankreich.

„Existenzielle Krise des Westens“

Garton Ashs These: Deutschland steht aktuell vor der zweiten Hälfte seiner zweiten Chance. Während Deutschland sehr erfolgreich ist, befinden sich Europa und der Westen in einer „existenziellen Krise“. Die Ursachen dafür sieht der britische Historiker in der Zeit „des größten Triumphes des Westens“, in den Jahren 1989 bis 1991. Die Probleme von heute hätten damals ihren Ursprung und seien Folgen versäumter Entscheidungen.



Timothy Garton Ash hielt die Festrede zum 60-jährigen Jubiläum der Akademie im Bayerischen Landtag.

© Rolf Poss

Das Jahr 1989 öffnete das Tor zur Globalisierung von Kommunikation, Wirtschaft und Politik. Gleichzeitig wurde der Weg frei für die Demokratie in Ostmitteleuropa und den Beitritt dieser Staaten zur EU. Die damit einsetzende Reise- und Arbeitsfreiheit innerhalb der EU nutzten zahlreiche Menschen aus Ostmitteleuropa. Fast drei Millionen von ihnen kamen allein nach Großbritannien. Garton Ash sieht darin den Hauptgrund für das Brexit-Votum der Briten vom Juni 2016.

„Leninistischer Kapitalismus“

Ihn verwundert es nicht, dass es nach dem Zerfall der Sowjetunion irgendwann eine wütende Gegenreaktion dieser ehemaligen Großmacht geben musste. Für ihn sei nicht das Verhalten Wladimir Putins mit der Annexion der Krim und der bewaffneten Intervention in der Ukraine überraschend, sondern das eines Michail Gorbatschow.

China habe nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Juni 1989 konsequent den Weg eines „leninistischen Kapitalismus“ eingeschlagen und aus dem Zerfall der Sowjetunion gelernt. Ebenso habe man die Chancen der Globalisierung genutzt und sei mittlerweile zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt mit erheblichem Einfluss in vielen europäischen Staaten aufgestiegen.

Die Eurozone habe einen entscheidenden Geburtsfehler und daraus erwache die strukturelle Krise: Der Währungsunion fehlt die Fiskalunion. Weil es sich um ein politisches Projekt handele, sei die Währungsunion auf 19, viel zu unterschiedliche Volkswirtschaften



SPD-Urgestein Hans-Jochen Vogel, der das Akademiegesetz wesentlich mitbeeinflusst hat und die neue bayerische SPD-Chefin Natascha Kohnen.

ausgedehnt worden. Letztlich habe das Einigungsprojekt tiefe Gräben aufgerissen, besonders zwischen Deutschland und Griechenland.

Stattdessen hätte man sich zunächst besser auf eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik verständigen und danach eine kleinere Eurozone schaffen sollen, sagte Garton Ash. Eine solche gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hätte klüger auf den Arabischen Frühling reagiert und besser mit den Flucht- und Migrationsströmen aus Nordafrika und dem Nahen Osten umgehen können – einschließlich einer effizienteren Sicherung der Außengrenzen des Schengen-Raums.

Frieden als Selbstverständlichkeit

Nach dem Verlust alter Feindbilder – Nationalsozialismus und Kommunismus – und einer über 70-jährigen Periode des Friedens in Europa gebe es inzwischen eine junge Generation, die keine Erinnerung mehr an Krieg und Holocaust habe. Europa sei eine Selbstverständlichkeit und für viele nicht mehr so wichtig. Die Initiative „Pulse of Europe“ stimme da optimistisch, sei jedoch ein Minderheitenphänomen.

Mit dem Amtsantritt des nationalistisch-populistischen US-Präsidenten Trump werde die Krise des Westens als einheitlicher geopolitischer Akteur akut. In diesen unruhigen Zeiten werde Deutschland „ungewollt wieder fast so etwas wie eine Weltmacht“ – zumindest eine zentrale Macht, weil es fest in alle europäischen Institutionen eingebettet ist. Auf jeden Fall sei es der Hegemon der Eurozone.

Deutschland sollte besonnen und klar seine nationalen Interessen definieren statt sie in vage europäische Interessen zu kleiden. Das „ruhige Benennen eigener Interessen kann beim Finden von Kompromissen hilfreich sein.“

Europa müsse in der Praxis funktionieren, erläuterte Timothy Garton Ash. Es könne stark und flexibel – in einer Balance zwischen Idealismus und Realismus – handeln. Großbritannien sollte weiterhin seine militärische Stärke für Europa einbringen dürfen. Er forderte Ministerpräsident Seehofer und die CSU auf, sich gegen die antiliberalen Fidesz-Regierung unter Orbán in Ungarn zu stellen. Deren Politik widerspreche offensichtlich den freiheitlichen europäischen Werten, denen sich die Europäische Volkspartei verpflichtet fühle. Solange Orbáns Partei da Mitglied sei, seien dies nur Lippenbekenntnisse.

FC Europa

Ein Patentrezept für die weitere Ausgestaltung der europäischen Politik hat auch der profunde Europa-Kenner Timothy Garton Ash nicht parat. Er versuchte es mit dem Bild eines „Fußballclubs Europa“: „Der polnische Torjäger, der souveräne niederländische Außenverteidiger, der beinharte italienische Abwehrspieler, der spanische Torhüter und vielleicht sogar ein britischer David Beckham auf der Ersatzbank. Und Deutschland sollte der brillante unverzichtbare Mittelfeldregisseur sein.“

Michael Schröder
(siehe Presseschau Seite 37)

Die Reden des Festaktes werden in einer Broschüre dokumentiert, die voraussichtlich im Spätsommer bei der Akademie kostenlos erhältlich sein wird.



Lichtblicke auf der Baustelle Europa

Zunehmender Nationalismus, Populismus und die schwierigen Beziehungen zu den USA und der Türkei erschweren derzeit eine europäische Politik aus einem Guss.

DIE LAGE IN DER TÜRKEI nach dem von Staatspräsident Erdogan knapp gewonnenen Verfassungsreferendum beschrieb die SZ-Journalistin Christiane Schlötzer, die von 2001 bis 2005 und von 2012 bis 2015 als Korrespondentin für ihre Zeitung aus der Türkei berichtet hat. Am Tag zuvor waren wieder 1000 Polizisten verhaftet worden und der Europarat hatte beschlossen, die Türkei unter Beobachtung zu stellen.

Gelenkte Medien

Die Bevölkerung habe die Abstimmung als Vergeltung für den Putschversuch am 15. Juli 2016 verstanden. Die anti-westliche Rhetorik Erdogans und seine Denkfigur vom Krieg gegen die Türkei habe ihm den Erfolg verschafft. Man dürfe auch nicht erkennen, dass er über großen Rückhalt bei der armen Bevölkerung Anatoliens verfügt. Dort habe er ja auch tatsächlich für die Verbesserung und Modernisierung der Lebensverhältnisse gesorgt. Umgekehrt hätten die vom Tourismus abhängigen Orte an der Küste gegen ihn gestimmt. Insgesamt sei es angesichts des unfairen Wahlkampfs und der weitgehend vom Staat gelenkten und beeinflussten Medien ein knappes Ergebnis, das ihm nur eine geringe Legitimation verschaffe. Der Vorsprung der Befürworter betrage nur 1,3 Millionen Stimmen. Und wenn man die gar nicht gelegneten Fälschungen bei der Wahl einbeziehe, habe tatsächlich nur jeder zweite Türke für Erdogan gestimmt. Wenn man die Mehrheitsverhältnisse im Parlament betrachte, sei das Ergebnis für ihn enttäuschend.

Das Referendum hinterlasse eine gespaltene Gesellschaft. Erdogan polarisiere bewusst und versöhne nicht. Die neue Verfassung brauche er, um seine Macht angesichts ungewisser Wahlausgänge in der Zukunft zu sichern. Sie gebe ihm die Möglichkeit, auch gegen eine Mehrheit im Parlament zu regieren. Eine Abstimmung über die Wiedereinführung der Todesstrafe würde er sich wohl noch für 2019 aufheben, weil er damit wieder die Massen für sich mobilisieren könne.

Gerlinde Groitl ist Spezialistin für die transatlantischen Beziehungen an der Universität Regensburg. Sie beschrieb die zunehmende Entfremdung zwischen der US-Regierung und Europa, die nicht erst



© STUTTMANN

mit Präsident Trump begonnen hat. Seine Politik, die von Nationalismus, Isolationismus, Protektionismus und Militarismus geprägt sei, habe diese Tendenz allerdings weiter verschärft. Es sei eine „populistische Revolte gegen die Politik des liberalen Internationalismus“. Das betreffe die Innen-, die Sicherheits- und die Wirtschaftspolitik ebenso wie die normative Grund- und Werteordnung. Angesichts vieler immer noch unbesetzter Führungspositionen in der US-Administration gebe es allerdings auch noch viel Unsicherheit und offene Fragen bezüglich einer zukünftigen Strategie. Der häufige Meinungswechsel und die Improvisationen im Weißen Haus irritierten. Es fehle an Verlässlichkeit. Stattdessen sei eine neue Ära der Regellosigkeit zu beobachten.

Illiberaler Autoritarismus

Die Würzburger Politikwissenschaftlerin Gisela Müller-Brandeck-Bocquet widmete sich dem Rechtspopulismus in Europa, den sie als illiberalen, populär-nationalistischen Autoritarismus kennzeichnete. Sie zeigte sich ein wenig optimistisch, dass sein Aufwärtstrend in Europa gestoppt sei. Als Beleg dienen ihr die Ergebnisse der Präsidentenwahl in Österreich, der Parlamentswahl in Holland und die Niederlage Marine Le Pens bei der Präsidentenwahl in Frankreich.



Die Europäer hätten erkannt, dass sie auch angesichts der neuen Außenpolitik der USA mehr Verantwortung für die eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik übernehmen müssten. Dafür spreche auch ihr

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: „Der Aufwärtstrend des Rechtspopulismus in Europa scheint gestoppt zu sein.“

© Schröder / APB

selbstbewusstes Auftreten auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Noch im ersten Halbjahr soll die Kommission Vorschläge für die Einrichtung eines Europäischen Verteidigungsfonds unterbreiten.

Einen weiteren Anlass zum Optimismus und Lichtblick auf dem Weg zu einem vereinten Europa sieht Müller-Brandeck-Bocquet in der neuen europäischen Bürgerbewegung Pulse of Europe, die mit regelmäßigen Kundgebungen in zahlreichen europäischen Städten wieder für die europäische Idee wirbt und eintritt. Die Zukunft der Rest-EU 27 sieht die Würzburger Poli-

tikwissenschaftlerin in einer Gemeinschaft der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, verkennt aber auch nicht die Gefahr einer Isolation der langsameren Mitglieder, was wiederum anti-europäische Reaktionen in den betroffenen Ländern auslösen könnte. Wenn sich die EU um soziale Gerechtigkeit und Sicherheit kümmern wolle, sei das eigentlich zu begrüßen. Man verkenne aber, dass sie dafür keine Kompetenzen habe. Und wenn vollmundige Versprechen nicht gehalten werden können, seien Enttäuschung und Frustration vorprogrammiert.

Michael Schröder



Zeit der Weichenstellungen

Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz war Redner beim Jahressempfang der Akademie mit verschiedenen Kooperationspartnern*.

EUROPA erlebt eine Zeit der Weichenstellungen. Insbesondere die Frage des Umgangs mit Flüchtlingen erfordert europäische Lösungen. Wie steht es um die Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union? Was hält Europa noch zusammen angesichts zunehmender nationalistischer Töne?

Kurz hat 2017 den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) inne. Doch sind seine Äußerungen – vor allem die zur Migrations- und Integrationspolitik – innerhalb und außerhalb Österreichs oft umstritten. So auch beim Jahressempfang in der IHK Akademie München, wo Kurz mit fast 400 Gästen über das Thema „Die EU, die Flüchtlingspolitik und der europäische Zusammenhalt“ diskutierte. Dass es höchste Zeit ist, sich aktiver als je zuvor für die europäische Integration einzusetzen und ein größeres europäisches Selbstvertrauen aufzubauen, betonten sowohl der Gastgeber des Jahresempfangs – der Präsident der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern Eberhard Sasse – als auch der Mitveranstalter und Vorsitzende der Europa-Union München Stavros Kostantinidis und Akademiedirektorin Ursula Münch.

Auch Sebastian Kurz hofft auf mehr Selbstbewusstsein in der Europäischen Union, das nur aus gemeinsamen Erfolgen und der Konzentration auf das We-

sentliche entstehen könne. „Es gibt viele Bereiche, in denen sich Europa zurücknehmen kann, damit nicht noch mehr Bürokratie entsteht“, meinte der österreichische Außenminister. „Warum sollten wir zum Beispiel unsere Elternteilregelungen nach Rumänien oder Bulgarien exportieren, wo die Wirtschaftsstruktur eine ganz andere ist?“ Ein Europa

der zwei oder noch mehr Geschwindigkeiten und verschiedenen Integrationsstufen hält Kurz in diesem Zusammenhang für den falschen Weg. Dies berge die Gefahr, ein „Europa der zwei Qualitäten“ zu schaffen, in dem sich neuere EU-Mitglieder aus (Süd-)Osteuropa gegenüber den Gründungsstaaten herabgesetzt fühlen.

Komplizierte Politikfelder

Die Politikfelder, die der österreichische Außenminister für die Stärkung der Europäischen Union ausgemacht hat, sind denkbar kompliziert: Brexit-Verhandlungen, die Zukunft des Euro und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Diese bergen enormes Konfliktpotenzial und wurden auch beim Jahressempfang der Akademie lange, intensiv und kontrovers diskutiert – ebenso wie der Themenkomplex der vergangenen und auch kommenden Jahre: Flucht, Migration und Asyl.

Sebastian Haas



Sebastian Kurz: „Es darf kein Europa der zwei Qualitäten geben.“
© Haas / APB

* Der Jahressempfang in der IHK-Akademie München und Oberbayern wurde gemeinsam ausgerichtet von der Europa Union München, der Europäischen Akademie Bayern, der Griechischen Akademie, den Jungen Europäischen Föderalisten München und der Deutsch-Hellenischen Wirtschaftsvereinigung.

Von der Liebe der Stachelschweine

Altkanzler Schröder fordert von Deutschland und Frankreich gemeinsame Initiativen.

DASS GERHARD SCHRÖDER sich nach seinem unfreiwilligen Abschied aus dem Bundeskanzleramt 2005 in der Öffentlichkeit rar gemacht hat, mag das große Interesse erklären, auf das sein Vortrag am Europatag* in München gestoßen ist. Gut 500 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medienbranche waren gekommen, um die Analysen des Altkanzlers unter dem Titel „America First? – Neue Herausforderungen und Chancen für Europa“ zu hören. Enttäuscht wurden sie nicht.

Schröder bot einen Streifzug durch die internationalen Beziehungen, bei dem er auch unpopuläre Themen nicht ausklammerte. Ausgangspunkt seiner Überlegungen waren jedoch die deutsch-französischen Beziehungen, für deren Stärkung er sich leidenschaftlich einsetzte. Denn Deutschland und Frankreich könnten die Europäische Union nur gemeinsam führen – und müssten dabei noch viel entschlossener vorangehen und gemeinsame Initiativen zur Vertiefung der Integration vorlegen, auch wenn nicht alle anderen Mitgliedstaaten der EU jeden Integrationsschritt mittragen würden. Andererseits warnte Schröder davor, die angemahnte Führung mit Dominanz zu verwechseln. Führung bestehe vielmehr darin, kompromissfähige Lösungen zu finden. Der Appell, nach Kompromissen zu suchen, durchzog als Leitmotiv seine gesamte Rede.

Neujustierung der Sicherheitsarchitektur

Das zeigte sich auch bei seiner Einschätzung der Beziehungen Deutschlands und Europas zu den USA. „Populismus und Ausgrenzung dürfen nicht Teil der europäischen Politik werden“, erklärte Gerhard Schröder und forderte, den Gesprächsfaden mit Washington nicht abreißen zu lassen und beharrlich auf einen Ausgleich mit den Partnern jenseits des Atlantiks hinzuwirken. Dabei gab er sich zuversichtlich, dass Präsident Trump von den politischen Institutionen der USA und seinen Beratern noch eingehetzt werden könne, so wie dies auch bei Präsident Reagan funktioniert habe – eine Einschätzung, die im Publikum offensichtlich nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß. Als zentrale Herausforderung im transatlantischen Verhältnis benannte Schröder hingegen die Neujustierung der

Sicherheitsarchitektur, die endlich den geänderten Verhältnissen seit dem Fall des Eisernen Vorhangs angepasst werden müsse. Für die EU bedeute dies, geeint und gestärkt für die eigenen Interessen einzustehen und sich nicht bedingungslos auf den Schutz durch die USA zu verlassen.

Russland und Türkei einbinden

Dringenden Handlungsbedarf sah der Altkanzler auch im Verhältnis der EU zu Russland und der Türkei, das – wenig überraschend – verbessert werden müsse. Dies nicht nur, weil beide Staaten wichtige Handelspartner und Energielieferanten bzw. Transitland im internationalen Energiehandel seien, sondern vor allem, weil ohne die Einbindung Russlands und der Türkei langfristig keine Sicherheit und Stabilität in Osteuropa, im Nahen Osten und in Nordafrika garantiert werden könne. Schröder gab insbesondere zu bedenken, dass beide Länder Alternativen zur Anbindung an Europa hätten, wobei er vor allem vor deren möglichen Annäherung an China warnte. Auch hier warb der ehemalige Bundeskanzler also für Dialog und Kooperation, obschon es dabei viel Trennendes zu überwinden gelte.



Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder fordert ein geeintes und starkes Auftreten der EU nach außen.

© Haas / APB

Auf die Frage, wie sich die Europäische Union künftig entwickeln solle, um all diesen inneren und äußeren Herausforderungen gewachsen zu sein, gab Gerhard Schröder zwei Antworten. Zum einen empfahl er die Rückbesinnung auf das Subsidiaritätsprinzip, das zunächst die Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten in der Pflicht sieht, politische Entscheidungen zu treffen. Europa müsse nur eingreifen, wenn die anderen Ebenen bei der Problemlösung überfordert seien – dann aber auch entschiedener handeln. Als europäische Politikdomänen benannte er dabei die gemeinsame Währung, die nur mittels einer koordinierten Finanz-, Wirtschafts- und auch Sozialpolitik gestärkt werden könne, ferner die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und den besseren Schutz der europäischen Außengrenzen, die mit einer koordinierten Flüchtlingshilfe kombiniert werden müsse.

* Veranstaltung in Kooperation mit der Münchener Europa Konferenz, der IHK für München und Oberbayern, der Griechischen Akademie und dem Internationalen Presseclub München

Zum anderen warb Gerhard Schröder für ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, das mehr Flexibilität bei der Integration erlaube. Bedenken aus dem Publikum, dass dies letztlich zu einem Europa der zwei (oder mehr) Klassen führen werde, mochte Schröder dabei nicht teilen. Denn eine flexible Integration könne und müsse Hand in Hand gehen mit der Offenheit der unterschiedlichen Integrationsregime für neue Mitglieder. Auch hier sah er vor allem die Bundesrepublik in der Verantwortung, mutig voranzuschreiten. Seine Führungsrolle müsse Deutschland dabei aber so ausüben, so der abschließende Rat des ehemaligen Kanzlers, wie sich Stachelschweine lieben – sehr, sehr vorsichtig.

Mit der ihm eigenen Mischung aus zugespitzter Analyse, die auch kritische Fragen offensiv aufgreift, und bodenständiger (Selbst-)Ironie hat Gerhard Schröder sicherlich nicht jeden Zuhörer in allen Punkten überzeugt. Aber doch zum Nachdenken gebracht und gezeigt, dass es Alternativen gibt, über die es sich zu diskutieren lohnt. Und er hat – allen Herausforderungen, allen Krisen und Problemen zum Trotz – eine Begeisterung für die Politik versprüht, die ansteckend ist. Es war ganz sicher ein Abend, der Politikverdrossenheit entgegenwirkt.

Jörg Siegmund

Nach dem Brexit in der Kernsubstanz getroffen

Krisensituationen sind fester Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses und haben oftmals zu institutionellen Fortschritten geführt. Zurzeit ist jedoch die Kernsubstanz der Europäischen Union ungewöhnlich stark betroffen.

DER BREXIT war nur einer der „Brennpunkte europäischer Politik“, die die gleichnamige Tagung mit der Bundeszentrale für politische Bildung behandelte. Er gab jedoch besonderen Anlass, die grundlegende Entwicklung der Europäischen Union nachzuzeichnen. „Die EU ist besser als ihr Ruf“ resümierte der Augsburger Staats- und Europarechtler Matthias Rossi seine Ausführungen. Vielleicht lägen die Ursachen für die eher schlechte Reputation im Demokratiedefizit, aber auch daran, dass die EU nicht selbstkritisch genug sei. In einigen Bereichen sei sie zu kompetenzheischend, in anderen zu wenig.

Blockaden

Nicolai von Ondarza von der Forschungsgruppe „EU/Europa“ bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin sieht die EU für große politische Reformschritte noch zu sehr blockiert. Dies läge insbesondere an den tiefen Gräben in Bezug auf die Eurozone und den Schengenraum. Perspektiven für Reformen könnten unter anderem in einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeit liegen.

Die Möglichkeiten und Grenzen des Europäischen Parlaments stellte Jochen Kubosch dar, der für die EU-Kommission tätig gewesen ist und das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in München geleitet hat. Er zeigte die vielfältigen Mitwirkungsmöglichkeiten

lichkeiten der Europaabgeordneten auf. Diese hätten zur Folge, dass der Vorsitz einer der Parlamentsfraktionen im Europaparlament einer der schwierigsten Jobs ist, die auf europäischer Ebene zu verteilen sind.

Populismus

Der Publizist und Politikberater Florian Hartleb befasste sich mit dem Populismus in der Europäischen Union. Dabei stellte er die Grundzüge des Populismus dar, wie die Erzeugung einer Stimmung des „Wir“ gegen „die-da-oben“ und die Abgrenzung „Wir“ gegen „die-da-draußen“. Diese Argumentationsmuster konkretisierte er an der Missbilligung der EU durch populistische Parteien und der Schaffung von Feindbildern mit Blick auf die Migration in die EU.

Bernhard Schreyer von der Redaktion des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft befasste sich mit den „Werten Europas“. Dazu analysierte er Aussagen unter anderem des Vertrags von Lissabon, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sowie die Kopenhagener Kriterien. Er kam zu dem Befund, dass Werte wichtiger würden, zumal sie eine verlässliche Grundlage für Entscheidungen im komplex-globalisierten Raum bilden. Ob die wertbasierten Entscheidungen die beabsichtigten Folgen bringen, sei jedoch unsicher.

EU und Türkei

Die Außenbeziehungen der EU stellte Funda Tekin anhand der Türkei dar. „Die Türkei ist ein wichtiger und gleichzeitig nicht einfacher Partner“, sagte die Vizedirektorin des Centrums für Türkei- und EU-Studien der Universität Köln, die zudem dem Hochschulinstitut CIFE in Nizza angehört. In dem Moment, in dem die Beitrittsverhandlungen anfingen, habe auch schon deren Stagnation begonnen. Für einen Ausbau der Beziehungen der EU zur Türkei sei die Zollunion eigentlich der einzige Ansatzpunkt.

Gero Kellermann

Schattenseiten der Vollbeschäftigung

Die Ungleichheit der Einkommen hat zugenommen. Ist dies der Preis für die hohe Beschäftigung? Können Mindestlöhne dem entgegenwirken? Wie gelingt die Integration von Migranten und Geflüchteten in den Arbeitsmarkt?

DIESE FRAGEN standen im Zentrum der Kooperationstagung in einem besonderen Jahr der Veranstalter: Die Akademie hat 2017 ihren 60. und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) seinen 50. Geburtstag, während das Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) im ersten Jahr seiner Mitgliedschaft in der Leibniz-Gemeinschaft steht.

Keine verlässlichen Zahlen

Ulrich Walwei, der Vizedirektor des IAB, stellte fest, dass im Moment wissenschaftlich fundierte Aussagen über die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge kaum möglich seien, da noch zu wenige Informationen vorlägen und der Beobachtungszeitraum noch zu klein sei. Gewisse Anhaltspunkte ergäben sich jedoch aus den Erfahrungen der Vergangenheit, denn Deutschland sei schon immer mit starken Migrationsbewegungen konfrontiert gewesen. In der Vergangenheit hätten beispielsweise etwa nach fünf Jahren 50 Prozent und nach 10 Jahren etwa 60 Prozent der Personen eine Arbeit gefunden.



Ulrich Walwei: Rechts- und Planungssicherheit für Geflüchtete verbessern

© Schreiner / APB

Mangel an Fachkräften zu mildern. Wunder seien aber nicht zu erwarten, da eine große Zahl von Flüchtlingen ungünstige Voraussetzungen hinsichtlich einer Arbeitsaufnahme (u.a. keine Sprachkenntnisse, einen schlechten bzw. nicht-kompatiblen Bildungs- und Ausbildungsstand) aufwiesen.



©TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM

Helfen würde es, so Walwei, wenn man die Rechts- und Planungssicherheit für geflüchtete Menschen verbesserte, wenn die Teilnahme an Integrationskursen durch „Fördern und Fordern“ unabhängig vom Aufenthaltsstatus verbindlich wäre, der Spracherwerb kontinuierlich gefördert, eine Einstiegsqualifizierung als Vorbereitung für eine Vollausbildung und als Brücke in die Arbeit ermöglicht würde. Optimal wären auch eine berufsbegleitende Weiterbildung und sog. „Kümmerer“ (Coaches, Lotsen und Mentoren) zur Unterstützung der Neuankömmlinge. Die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen bleibe schwierig und benötige einen langen Atem, doch intensive Integrationsanstrengungen würden sich für alle Beteiligten auch in fiskalischer Hinsicht auszahlen. Dabei gebe es jedoch kein Patentrezept, denn die Gruppe der Geflüchteten sei zu heterogen, weshalb passgenaue betriebsnahe Ansätze mit flexiblen aufstiegsorientierten Ausbildungskombinationen entwickelt werden müssten.

Internationale Erfahrung mit Migration

„Die größten Wohlfahrtseffekte sind weltweit durch verstärkte Migration zu erzielen!“ Mit dieser These leitete Jürgen Jerger, Professor an der Universität Regensburg und viele Jahre Direktor des IOS, seinen Vortrag ein und bezog sich auf Forschungsergebnisse renommierter Ökonomen. Dies setze aber voraus, dass die Migranten entsprechend ausgebildet seien und in den Produktionsprozess der höher produktiven Volkswirtschaften integriert werden könnten. Ganz abgesehen von den rechtlichen Hürden, seien jedoch die soziokulturellen Barrieren teilweise sehr hoch und die Akzeptanz der Migranten bei der heimischen Bevölkerung begrenzt. In Wirklichkeit bestimmten verschiedene Push- und Pull-Faktoren die internationale

Migration, wobei Einkommensunterschiede und vorhandene ethnische Netzwerke Ausmaß und Richtung der Migration beeinflussten.

Die Frage „Schaffen wir das?“ sei, so Jerger, auf diesem Niveau der Allgemeinheit schlicht inhaltsfrei – genauso wie eine Antwort darauf. Natürlich sei klar, dass es quantitativ unbegrenzte Hilfe nirgendwo geben könne, schon gar nicht sofort und hinsichtlich der Bereitstellung entsprechenden Wohnraums. Finanziell könnten wir es selbstverständlich „schaffen“, doch brauche es ein politisches Werturteil darüber, was humanitäre Hilfestellung (kurz- und mittelfristig) kosten dürfe. Für Jerger bestand kein Zweifel, dass der Rückfall in nationale Egoismen erhebliche, wenn auch ex ante schwer quantifizierbare Rückwirkungen auf den Wohlstand haben werde. Die vielfach an der EU geäußerte Kritik sei zu kurz gegriffen. Es seien die Mitgliedsländer, die notwendigen europäischen Lösungen (insb. einer drastischen Reform des dysfunktionalen Dublin-Abkommens) im Wege stünden.



Jürgen Jerger: „Die EU-Mitgliedsländer stehen notwendigen europäischen Lösungen im Weg.“

Wachsender Niedriglohnsektor

Joachim Möller, Direktor des IAB, fragte zunächst, ob die positive Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre mit einer steigenden Lohndifferenzierung und einem im europäischen Vergleich stark ausgeprägten Niedriglohnsektor erkauft worden sei. Der Forscher verwies jedoch auf Untersuchungen, die belegten, dass der Anstieg der Ungleichheit nicht mit der Trendwende am Arbeitsmarkt zusammengefallen, sondern schon seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachten sei. Die zunehmende Differenzierung der Löhne sei vielmehr durch stärkere Unterschiede zwischen und innerhalb der Firmen zu erklären, die auch durch die Globalisierung und neue Technologien verstärkt werde. Zudem zeigten Ländervergleiche, dass Volkswirtschaften mit ganz unterschiedlichen Ausprägungen von Ungleichheiten (gut) funktionieren. Indirekt schloss Möller daraus, Deutschland könne durchaus mehr Gleichheit ohne Beschäftigungsverluste realisieren.

Positiver Mindestlohn

Letztlich war diese Überlegung auch der Ausgangspunkt für die im Januar 2015 erfolgte Einführung des Mindestlohnes, der im Januar 2017 von 8,50 Euro

auf 8,84 Euro erhöht wurde. Trotz erheblicher Bedenken von Teilen der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft sei, so Joachim Möller, die „Operation Mindestlohn“ geglückt. Die Löhne im Niedriglohnbereich seien gestiegen, ohne dass es große Arbeitsplatzverluste gegeben habe. Allenfalls in Teilen Ostdeutschlands seien geringe negative Wirkungen zu vermuten, die jedoch durch die insgesamt günstige Beschäftigungslage in Deutschland kompensiert würden. Überschreite man jedoch eine „rote Linie“ bei der Höhe des Mindestlohnes, könnten Arbeitsplätze verloren gehen. Deshalb hätte er sich auch ursprünglich für eine regionale Differenzierung zwischen West- und Ostdeutschland ausgesprochen, was jedoch die Politik abgelehnt habe.

Mindestlohn erhöht kaum Einkommen

Kritischer beurteilte Marcel Thum, der Leiter der ifo-Niederlassung Dresden, den Mindestlohn. Die Aufstocker, d.h. diejenigen, die ergänzend zum Lohn finanzielle Leistungen vom Jobcenter erhalten, seien am meisten vom Mindestlohn betroffen, erzielten aber durch ihn kaum eine Erhöhung ihrer Nettoeinkommen. Die Arbeitgeber würden dagegen stark belastet, doch eigentlich werde das sozialpolitische Ziel verfehlt, denn die bestehende Grundsicherung verhindere bereits „Armut in Arbeit“. Eine auf Existenzsicherung abzielende Mindestlohnpolitik würde dagegen, so Thum, die günstige Beschäftigungsentwicklung gefährden. Der Mindestlohn verhindere zudem eine schnelle Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt, denn sie seien meist weniger qualifiziert und wären vielfach nur zu niedrigen Löhnen einzustellen.

Dimensionen der Ungleichheit

Anton Losinger, Weihbischof von Augsburg und führender Sozialethiker der katholischen Kirche, sprach über „Dimensionen der Ungleichheit“ und stellte fest, dass das Thema der Gerechtigkeit in seinen vielfältigen Facetten wieder zu einem Kernthema der gesellschaftspolitischen Kontroverse geworden sei. Der Sozialstaat leiste zwar Beachtliches, um Ungleichheiten zu korrigieren, doch angesichts des demographischen Wandels müsse deutlich mehr in Bildung investiert werden. Zudem müssten die Arbeitnehmer verstärkt am Produktivkapital beteiligt werden.



Bischof Anton Losinger: Arbeitnehmer verstärkt am Produktivkapital beteiligen

Nicht nur die Globalisierung, sondern auch der technologische Wandel verändere die Arbeitswelt ständig, so Hilmar Schneider, Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit. Einige erwarteten, die Digitalisierung würde zu massiven Jobverlusten führen. Natürlich würden Jobs, wie auch bei vergangenen Innovationschüben, wegfallen, doch neue, meist bessere und höher bezahlte Jobs würden entstehen.



Hilmar Schneider forscht zur Zukunft der Arbeit.

Jobmaschine Digitalisierung

Ute Klammer, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen, verwies darauf, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse keinesfalls immer nur mit prekären Jobs gleichzusetzen seien. Man müsse beispielsweise differenzieren, ob jemand freiwillig oder unfreiwillig in Teilzeit arbeite. Prekär könnten daher

sowohl atypische als auch „normale“ Arbeitsverhältnisse sein – dies hing letztlich immer von der individuellen Lebenssituation ab. Zugleich könne keine Rede davon sein, dass das normale Arbeitsverhältnis verdrängt würde, auch wenn atypische Erwerbsformen zugenommen haben.

Johannes Hintersberger, Staatssekretär im Bayerischen Sozialministerium, strich heraus, dass zentrales sozialpolitisches Ziel seines Hauses ein hohes Beschäftigungsniveau sei. Hier liege Bayern im bundesweiten Vergleich vorn. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Sprecher für Sozialpolitik der Grünen im Bundestag, verwies darauf, dass die soziale Lage in Deutschland alles andere als zufriedenstellend sei. Rund 12 Millionen Menschen seien auf staatliche Unterstützung und ca. 8 Millionen auf Hartz IV angewiesen. Etwa 10 Prozent der Beschäftigten seien armutsgefährdet, die Sozialpolitik sei also stark gefordert. Ulrich Walwei verwies darauf, dass Deutschland trotz der insgesamt guten Beschäftigungslage einen Sockel von Langzeitarbeitslosigkeit aufweise. Verstärkte Anstrengungen müssten verhindern, dass durch die Flüchtlingszuwanderung diese Problemgruppe weiter wachse.

Wolfgang Quaisser



E-Ladestationen für Gäste und Mitarbeiter

IHRE ELEKTRO-AUTOS und e-Bikes aufladen, das können ab sofort alle Gäste und Mitarbeiter der Akademie. Das neue Öko-Projekt wurde von der BB-Bank mit 2850 Euro unterstützt. Die Akademie ist bereits seit 2013 Teil des Projekts „Ökoprofit“ und arbeitet mit anderen Einrichtungen und Unternehmen im Landkreis Starnberg zusammen, um umweltfreundliche Initiativen voranzutreiben und den Landkreis insgesamt ökologischer zu machen. Die neuen E-Ladestationen auf dem Gelände der Akademie sind ein weiterer Schritt auf diesem Weg.

Bei der Realisierung des Projekts hat die Wunjoo GmbH geholfen. Sie ist Teil der Green City Energy AG, die Beratung rund um Elektromobilität anbietet. Sie hat die jeweils zwei Ladestationen für Autos und Fahrräder auf dem Parkplatz der Akademie gebaut. Oliver Weiss von der Wunjoo GmbH schloss auch gleich die ersten Fahrräder und Autos zum Aufladen an.

Sara Borasio



Die Münchner Filialdirektorin der BB-Bank Kathrin Paar (rechts) und die Regionalbevollmächtigte Ute Hensen-Seuser (links) überreichten der Akademiedirektorin Ursula Münch bei der Inbetriebnahme der Stationen die großzügige Spende von 2850 Euro.

© Borasio / APB

Smart, effizient, zügellos?

Die Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft: Wirtschaft, Politik und Medien.

WIE WIR KOMMUNIZIEREN, wie wir uns fortbewegen, wie wir konsumieren, lernen oder politisch tätig sind – der Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationstechnologie verändert das Bekannte und Eingespielte. Das ist einerseits spannend und kann sich positiv auf die Gesellschaft auswirken, andererseits herrscht große Skepsis vor Fremdbestimmung und dem Verlust der Privatsphäre.

Digitalisierung wurde aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet und die technische Expertise mit der politischen Diskussion verknüpft*. Armin Nassehi, Soziologe an der Universität München ging der Frage der Kulturbedeutung der Digitalisierung nach. Unabhängig von welcher Zeit – der Mensch hat sich schon immer bei der Einführung einer neuen Technologie mitverändert, bis hin zum Verschwinden der Grenzen zwischen Maschine und Mensch. Mit Blick auf die Gesellschaft wirft die Digitalisierung in erster Linie neue sozial-, bildungs- und wirtschaftspolitische Fragen auf: Wie verhält sich der Mensch online, wie persönlich? Wie kann der Mensch trotz neuer Technologien einen Mehrwertbeitrag leisten? Wie sieht der Arbeitsplatz der Zukunft aus?

„Digitale Vorneverteidigung“

Mit der Frage der politischen Steuerung kommender Technologien beschäftigte sich Martin Schallbruch, der stellvertretende Direktor des Digital Society Instituts an der European School of Management and Technology in Berlin. Schallbruch plädierte für eine „digitale Vorneverteidigung“, also die Weiterentwicklung der Digitalisierung auf der einen Seite und die Verteidigung sozialer und demokratischer Aspekte auf der anderen Seite. Dabei solle die Beurteilungs- und Handlungsfähigkeit durch IT-Sicherheit, Forschung, Digitalkompetenz oder Datenschutz gesteigert werden.



Martin Schallbruch plädierte für eine Weiterentwicklung der Digitalisierung und die Verteidigung demokratischer Aspekte.



© GERALT / PIXABAY CCO

Bei der Diskussion zur Rolle der Politik bei der Gestaltung der Digitalisierung waren sich die Teilnehmer einig: Auch die Volksvertreter gehen meist zu naiv mit dem technischen Fortschritt um, betrachten diesen vor allem aus dem Blickwinkel der Wirtschaftsentwicklung. Fragen der Bildung, des Datenschutzes, des Gemeinwohls und des Zusammenlebens mit der Technik würden nachrangig behandelt. Constanze Kurz, Informatikerin, Publizistin und Sprecherin des Chaos Computer Clubs, bezog sich auf das Positionspapier der G-20-Digitalminister vom 7. April 2017. Dieses wurde zwar als „Roadmap“ betitelt, sei jedoch nicht viel anderes als eine Aneinanderreihung wirtschaftsfreundlicher Absichtserklärungen: „Probleme des Datenschutzes lösen sich anscheinend von selbst, Robotik kommt nicht vor und über IT-Sicherheit verliert man kaum ein Wort – und das erst kurz nach den Hacks im Bundestag und der Telekom-Router“, so Kurz.



Constanze Kurz ist Informatikerin, Publizistin und Sprecherin des Chaos Computer Clubs.

© Haas / APB

Gesellschaft 4.0

Auch der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar vermisst eine Diskussion darüber, dass „die Prinzipien demokratischen Handelns von der Digitalisierung immer mehr ausgehöhlt werden. Soll die erst beginnen, wenn diejenige Partei die Bundestagswahl gewinnt, die im Vorfeld die beste Datenanalyse der Wählerschaft gemacht hat?“, fragte der Datenschutzex-

* In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Informatik

perte. Auch Jens-Martin Loebel von der Universität Bayreuth fordert die Bürger auf: „Stellen Sie mehr Fragen in Bezug auf die Technik!“ IT-Manager Philipp Müller von der Initiative D21 sagte: „IT ist einfach, die Gesellschaft ist komplex.“ Die Janusköpfigkeit der Digitalisierung solle man im Kopf behalten, um Widersprüche festzustellen.



Peter Schaar: „Prinzipien demokratischen Handelns werden von der Digitalisierung immer mehr ausgehöhlt.“

Ein stetig wachsender Teil der Wertschöpfung in Industriestaaten ist von der Digitalisierung nicht mehr zu trennen. Über die Folgen für einzelne Personen, Konzerne und Gesellschaft diskutierten Stefan Ullrich, Sprecher der Fachgruppe „Informatik und Ethik“ der Gesellschaft für Informatik, und Christian Fangmann vom IT-Dienstleister DXC Technology. Stefan Ullrich klärte erstmal einen viel diskutierten Begriff: Ein Algorithmus ist nichts anderes als ein Lösungsvorschlag für ein bestehendes Problem, also auch ganz analog, „wie Socken sortieren.“ Besonders wichtig ist für ihn, dass die Nutzer die technischen Systeme, die sie nutzen, nicht nur vorgesetzt bekommen, sondern diese auch verstehen – wenn nicht sogar selbst an ihnen mitarbeiten.

„Der Einsatz digitaler Medien macht Arbeit attraktiver“, so Fangmann. Die in der öffentlichen Diskussion allgegenwärtigen Algorithmen machen ihm keine Angst. „Diese sind zum Teil 300 Jahre alt, in Verbindung mit neuester Technik aber können Sie helfen, qualitativ hochwertige Entscheidungen zu treffen.“

Künstliche Intelligenz

Den aktuellen Stand der Forschung in einem Bereich der künstlichen Intelligenz stellte Leibniz-Preisträger Daniel Cremers vor, Ordinarius für Bildverarbeitung und Mustererkennung an der TU München. So können 3D-Fotos mit Tiefenkameras oder 3D-Videos durch mehrere Aufnahmen derselben Handlung entwickelt werden. Die Rekonstruktion erfolgt dann durch Algorithmen. Diese Technologien ermöglichen beispielsweise eine Kameraverfolgung in Echtzeit, die zur Orientierung durch 3D-Karten-Konstruktion in Autos dienen kann.

Auch neuronale Netze können Autos steuern und Gefahren vorhersagen, berichtete Cremers Mitarbeiter Philip Häusser. Wie bei Neuronen können Pixel am Input eines „digitalen Neurons“ andocken, so dass daraufhin verschiedene Aktivierungen festgestellt werden können, wie es bei der Bildklassifizierung der



Philip Häusser (links) und Leibniz-Preisträger Daniel Cremers sprachen über moderne Bildverarbeitung.

Fall ist. Auch für die Sprach- und Videoerkennung sowie die Identifizierung von Giften können die Methode genutzt werden – vorausgesetzt, die Datenmengen für das Training sind groß genug.

Schlauer oder dümmer?

Frank Fischer, Lehrstuhlinhaber für empirische Pädagogik und pädagogische Psychologie an der Universität München, erläuterte, wie digitale Medien das Lernen und Verstehen beeinflussen – oder beziehungsweise, wie nicht: „Die menschliche Informationsverarbeitung ist nicht durch Maschinen beeinflussbar. Warum sollte eine Information auf einer Glasscheibe einen anderen Einfluss auf mich haben als die in einem Buch oder auf einer Tafel?“, so Fischers zugespitzte These. Impulse zu besserem Verstehen aber kann die Technik anbieten. Werden beispielsweise Tablets in Schulen für zielgerichtetes Arbeiten, Übungsaufgaben oder Feedback-Runden genutzt, steigt die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler.

Sebastian Haas
Franziska Vogel



©TOMASCHOFF/TOONPOOL.COM

Die panische Mediengesellschaft

Amokläufe, Terroranschläge oder sexistische Entgleisungen des neuen US-Präsidenten – Fotos, Filme und Texte werden in Sekundenschnelle über die sogenannten „sozialen“ Medien wie Twitter und Facebook weltweit in einem Schneeballsystem verbreitet.

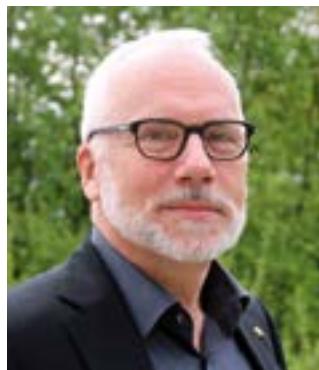
WAS PASSIERT, wenn 113 000 Tweets in der Nacht des Münchener Amoklaufs im Juli 2016 die Menschen in der Stadt verunsichern und es 73 Phantom-Tatorte gibt? Was bedeutet dieser neue Strukturwandel von Öffentlichkeit nun für die Demokratie und politische Kommunikation? Und wie verändert sich private Kommunikation, wenn sie doch immer öffentlicher und damit politischer wird? Wird unsere digitale Mediengesellschaft immer hysterischer?*

Man könne allenfalls von einer panischen Gesellschaft sprechen, meinte der Berliner Medienpsychologe Daniel Salber, da es sich bei Hysterie um ein individuelles Krankheitsbild handelt. Es herrsche eine generelle Angst, nicht mehr mitzukommen in einer Gesellschaft des Hastens und Rasens.

Die Erwartung, diesen übermenschlichen Ansprüchen, vor allem der übermäßigen Schnelligkeit, gerecht zu werden, mache Angst. Medien seien omnipräsent und immer und überall verfügbar. Mit diesem ständigen Zwang zur Information und der Reizüberflutung bringe sich der Mensch selbst aus der Ruhe und werde panisch. Wenn die Technik versagt, ist er hilflos. Im „Info-Dusel“ gebe es ein allumfassendes Rauschen. Salber stellte daher eine eher altmodische, aber wichtige Frage: „Wie viel Medien braucht der Mensch?“. Er rät zum Abschalten und zu einem stoischen Medien-Menü mit dem richtigen Maß der Dinge.

Daniel Salber empfiehlt ein „stoisches Medien-Menü.“

© Vogel / APB



Schlagzeilen Münchener Tageszeitungen nach dem Amoklauf vom Juli 2016

© Mattes / wikipedia CC0

Viktoria Roth vom Institut für Interdisziplinäre Gewaltforschung der Universität Bielefeld forscht über jugendliche Amokläufer. Die Taten dienen in der Regel der Selbstdarstellung der Täter. Sie haben einen symbolischen Wert – es sollen soziale oder politische Botschaften vermittelt werden. Da ohne Adressat eine Botschaft allerdings nicht funktioniert, soll die mediale Verbreitung der Tat – digital oder analog – sicherstellen, dass die Botschaft in der Öffentlichkeit ankommt und verstanden wird. Medien unterstützen diese Ziele mit ihrer Berichterstattung. Sie kann Faszination auslösen, weshalb sich Amokläufer fast immer auf die Aussagen oder die Inszenierung vorheriger Attentäter und Vorbilder berufen. Der mediale Umgang mit solchen Vorfällen muss sich demnach laut Roth ändern. Eine sensiblere Wortwahl und eine neutrale und zurückhaltendere Darstellung seien nötig. Keinesfalls dürfe sie die Täter zu Helden machen.



Viktoria Roth mahnt Medien zu mehr Zurückhaltung bei Berichten über Amokläufe.

Lehren aus dem Chaos

Anja Miller ist Nachrichtenchefin beim Bayerischen Fernsehen. Sie sieht das größte Problem der Kommunikation in der Nacht des Münchener Amoklaufs vom Juli 2016 in den vielen Gerüchten und Falschmeldungen. Sie seien kaum zu stoppen, vor allem dann nicht, wenn sie über das Internet verbreitet wurden. Vertrauenswürdige Institutionen wie Polizei, Rundfunk

* Eine Tagung in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Medien (EAM) in Bayreuth

und Zeitungen sollten Eckpunkte oder Fortschritte bei den Ermittlungen mitteilen. Andernfalls würde das Informationsvakuum verbunden mit Angst und Panik noch mehr Raum für Gerüchte lassen.

Der Pressesprecher der Münchener Polizei, Marcus da Gloria Martins, bezeichnete die Gerüchte der Amoknacht nicht als „Fake News.“ Fast jedes ging auf einen der insgesamt 4310 abgesetzten Notrufe dieser Nacht zurück. Da lag keine Mutwilligkeit vor – es wurde aus Angst und Verunsicherung gehandelt. Da Gloria Martins gab zu:

Die Wirkung des Nachrichtendienstes WhatsApp habe die Polizei unterschätzt: Nachrichten wurden nicht nur an eine Adresse geschickt, sondern oft mit allen Kontakten des Telefonverzeichnisses geteilt. Und bei Informationen, die von einer vertrauten Person kommen, denkt man: „Das muss stimmen. Meine Freundin weiß das schließlich.“ Es wird vergessen, dass man die Quelle und die Glieder der Informationskette nicht kennt. Sowohl für den Journalismus als auch für die Polizei sieht da Gloria Martins nur eine Möglichkeit, seriös zu arbeiten: Mit Handwerk, Sorgfalt und Zeit. Auch in einer Nacht wie dem 22. Juli 2016.

Polizeisprecher Marcus da Gloria Martins: „Wirkung von WhatsApp wurde unterschätzt.“

An diese Regeln hielt sich auch Martin Bernstein, der als Polizeireporter der Süddeutschen Zeitung als einer der ersten Journalisten am Tatort im Münchener Olympia-Einkaufszentrum war. Trotz der Ausnahmesituation

wurden keine Informationen herausgegeben, die nicht von zwei Quellen oder der Polizei bestätigt werden konnten. Bernstein sieht große Herausforderungen für den Journalismus in Krisenzeiten: Die Arbeit muss sowohl gut recherchiert als auch schnell sein – ein Liveticker könne diesem Anspruch nicht gerecht werden.



Polizeireporter Martin Bernstein mag keine Liveticker in Krisensituationen.

Lösungsansätze einer ganz anderen Art suchte Christopher Koska vom Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft. Können Algorithmen in Ausnahmesituationen helfen? Zwischen der Komplexität und der Beschleunigung von Kommunikation und den ethischen Grundwerten – Transparenz, Reflexivität und Diskurs – liegt offensichtlich ein klarer Widerspruch mit der Echtzeit-Kommunikation. Durch Dinge, die der Computer schneller ausrechnen oder Daten, die er schneller sammeln kann, kann Zeit gewonnen werden für das, was Algorithmen nicht können: Urteilen und Vergleichen. Dadurch könne in Krisensituationen ein besserer Überblick geschaffen werden. Außerdem könnten Algorithmen in solchen Situationen auch schnellere und vielleicht sogar bessere, sachlichere Entscheidungen treffen. Allerdings: Algorithmen werden von Menschen programmiert. Ihre Entscheidungen können lediglich mit Erfahrungen aus der Vergangenheit unterfüttert sein und sind nur so gut oder schlecht wie die Programmierkunst der Informatiker.

III
Franziska Vogel
Michael Schröder
(siehe Presseschau ab Seite 35)

Akademiedirektorin:
Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:
Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:
Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:
Dr. Saskia Hieber
Internationale Politik

Dr. Andreas Kalina
Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann
Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer
Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz
Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder
Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier
Organisationsreferent
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.
Persönlicher Referent der Direktorin
Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Dr. Michael Spieker
Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Dr. Sebastian Haas

Konzepte für Staatsbürgerschaft im Zeitalter der Migration

Die Gesellschaften in Europa werden mit zunehmender Mobilität, Migration und Flucht immer vielfältiger. Neben individuellen Motiven sind es insbesondere der demografische Wandel und mit ihm ein sich verschärfender Fachkräftemangel in West- und Mitteleuropa, die die grenzüberschreitende Mobilität auch künftig anfachen werden.

DAS GILT NICHT NUR im Rahmen der Europäischen Union, sondern vermehrt auch aus Drittländern. Denn aufgrund des Wohlstandsgefälles zwischen den (Welt-)Regionen, wegen ungleicher Bevölkerungsentwicklung und anhaltender politischer und sozialer Verfolgung in Teilen der Welt bleiben die Staaten Europas auch in den nächsten Jahrzehnten bevorzugtes Ziel für Migration, Flucht und Asylsuche.

Mit dem wachsenden Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ergeben sich auch Herausforderungen für die Legitimität der europäischen Demokratien. Wie lässt sich eine gleichberechtigte Teilhabe an der Politikgestaltung in Einwanderungsländern gewährleisten? Welche Möglichkeiten und Chancen bürgerlichen Engagements von Migranten gibt es und welche sollte es geben? Bedarf es in den europäischen Demokratien des 21. Jahrhunderts eines neuen Staatsbürgerkonzepts?

Einwanderungsland in der Probezeit

Angesichts der Zuwanderungsphänomene müsse sich auch Deutschland vermehrt diesen Fragen stellen, so Holger Kolb vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Vor allem dürfe man nicht die Augen davor verschließen, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist: Dies gelte sowohl in demografischer wie auch in politisch-institutioneller Perspektive.

21 Prozent der Bevölkerung Deutschlands haben einen Migrationshintergrund. Und knapp 10 Prozent der Bevölkerung seien ohne deutsche Staatsangehörigkeit. München habe einen Ausländeranteil von 28



Grenzüberschreitende Flucht und Migration werfen neue Fragen nach demokratischer Teilhabe auf.

© JouWatch / flickr / CC BY-SA 2.0

Prozent und sogar 42 Prozent der Münchner haben nicht-deutsche Wurzeln. Beim Migrant Integration Policy Index (MIPEX) komme Deutschland unter den untersuchten 38 Staaten auf den zehnten Platz.

Allerdings befindet sich Deutschland als Einwanderungsland noch in der „Probezeit“: Die Entwicklung habe erst mit dem „Aufhol- und Normalisierungsprozess seit Anfang der 1990er Jahre“. Dafür sei man nun ein sehr dynamischer Einwanderungsstaat.

Migranten tendenziell benachteiligt

Wie repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind Europas Parlamente? Die These von Thomas Saalfeld von der Universität Bamberg lautet: „Je näher wir an das politische Entscheidungszentrum in Deutschland kommen, umso zunehmender ist die Disproportioniertheit der Repräsentation.“ So haben zwar 21 Prozent der deutschen Bevölkerung ausländische Wurzeln, aber sie stellen nur 11 Prozent der Wahlberechtigten und sechs Prozent der Bundestagsabgeordneten. Deutschland liegt damit im europäischen Vergleich im hinteren Mittelfeld. Gründe für die mangelnde Repräsentativität des deutschen Parlamentarismus sieht Saalfeld einerseits in den vergleichsweise restriktiven Regeln zum Erwerb der Staatsangehörigkeit – und davon hängt ja auch das Wahlrecht ab; andererseits im Bildungssystem, das Migranten tendenziell benachteilige: „Wenn der Weg in Politik und Parlamente über Elite-Netzwerke, Universitäten und politiknahe Berufe führt, haben Migranten weniger Chancen.“

Lücke in der Repräsentation

Bestätigt wird diese Beobachtung durch Daten, die Cihan Sinanoglu anhand der Studie des Max-Planck-Instituts zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften vorstellte: Demnach weisen in deutschen Großstädten nur vier Prozent der Ratsmit-

glieder einen Migrationshintergrund auf, ihr Anteil an der dortigen Bevölkerung aber beträgt 27 Prozent. Selbst in Städten mit dem höchsten Anteil an politisch Aktiven – Frankfurt am Main und Stuttgart, die sich seit Jahrzehnten als multikulturell präsentieren – besteht eine „eklatante Lücke in der Repräsentation“. Einen Typus des „großstädtischen Ratsmitglieds mit Migrationshintergrund“ gibt es nicht, es fällt aber auf: Sie kommen eher von den Mitte-Links-Parteien, im Schnitt acht Prozent. 40 Prozent sind weiblich und einen überdurchschnittlichen Anteil nehmen Deutsch-Türk(inn)en ein. Als Sprungbrett in die Kommunalparlamente dienen Tätigkeiten im Integrations-/Migrationsbeirat sowie in der Schüler- und vor allem in der Studierendenvertretung. Gewerkschaften und Bürgerinitiativen spielen eine geringere Rolle.

Doppelpass und Ausländerwahlrecht

Kann nun die Einführung bzw. Erweiterung des Ausländerwahlrechts dazu beitragen, die Repräsentationslücke zu schließen? Kay Hailbronner vom Forschungszentrum Ausländer- und Asylrecht (FZAA) an der Universität Konstanz meinte, ein Ausländerwahlrecht führe dazu, dass Wahlrecht und Staatsangehörigkeit entkoppelt würden. Und da das Wahlrecht den Kern der Staatsangehörigkeit darstellt, käme es zu einem Bedeutungsverlust. Das kommunale Wahlrecht für Ausländer erkennt Hailbronner hingegen als ein probates Zwischenmodell an. Er bezweifelt aber, dass es einen relevanten Beitrag zur Integration leisten würde.



Kay Hailbronner will Wahlrecht und Staatsangehörigkeit nicht entkoppeln.

Und wie verhält es sich mit dem „Doppelpass“? Mit einer doppelten Staatsbürgerschaft erhält man die völkerrechtliche Legitimation für ein Mitspracherecht in beiden Ländern. Doch weshalb darf man Entscheidungen über die Zukunft eines Landes treffen, in dem man aktuell nicht lebt? Mehrere Staatsangehörigkeiten führten zwangsläufig zu (latenten) Loyalitätskonflikten. Vorher sei eine Klärung nötig, welche Staatsangehörigkeit im Konfliktfall überwiegt. Die Staatsangehörigkeit im Wohnland stelle kein notwendiges Element der Integration dar. Hailbronner sieht im Konzept der „ruhenden Staatsangehörigkeit“ ein sinnvolles Instrument, das denkbare Konfliktsituationen ausschließt.

Da ein Großteil der Ausländer die Werte der Bundesrepublik (noch) nicht verinnerlicht habe, sieht Hailbronner es als fragwürdig an, ihnen ein Mitspracherecht zu einem System zu geben, dass sie nicht voll und ganz

unterstützen. Felix Hanschmann von der Universität Frankfurt/Main geht es im Gegensatz hierzu darum, ein Gleichheitsgefühl zu vermitteln und die Politik zur Berücksichtigung aller Interessen zu bewegen. Denn den im Inland lebenden Ausländern werden „Bürgerpflichten“ abverlangt, ohne dass man ihnen Bürgerrechte zugestünde. Eine Besteuerung ohne gleichzeitiges politisches Mitspracherecht sei unfair.



Christophe Büchi: „Ein Wahlrecht für Ausländer soll am Ende des Integrationsprozesses stehen.“

© Haas / Vogel / APB

Der Schweizer Publizist Christophe Büchi warnte aufgrund der Schweizer Erfahrungen mit Ausländerstimmrechten auf kantonaler Ebene: Parteien müssten zuerst dafür sorgen, dass ausländische Stimmrechte nicht zu Alibi-kandidaten werden. Ohne solche begleitenden Maßnahmen sei das Ausländerstimmrecht eine sympathische Geste, mit der

man Weltöffnenheit signalisieren kann. Büchi sieht ein Wahlrecht am Anfang des Integrationsprozesses sogar als kontraproduktiv an. Es solle stattdessen am Ende dieser Kette stehen. Erfolgsversprechender scheint ihm der erleichterte Zugang zu Staatsbürgerschaft. Auch Hanschmann pflichtet bei: „Die Einräumung von Wahlrechten hat für die Integration keine Bedeutung. Doch zwingt sie politische Eliten dazu, stärker Rücksicht auf diese Gruppen zu nehmen.“

Beispiel Latinos in den USA

Bert Hoffmann vom GIGA-Institut in Hamburg warf einen inspirierenden Blick auf die politische Partizipation der „Latinos“ in den USA, mittlerweile dort die „First Minority“. Sie verstünden es nämlich, flexible Identitäten an den Tag zu legen. Hoffmann beobachtet, dass der legale Status entscheidend ist für die soziale Mobilisierung: Man bringt sich politisch erst dann ein, wenn man sich bereits als Teil der Gesellschaft versteht bzw. verstehen darf. Es gebe kaum Parallelgesellschaften mit eindeutigem Wahlverhalten. Denn für diejenigen, die bereits als Teil der Gesellschaft anerkannt sind, ist die Migrationspolitik als solche und damit der eigene Ursprung nicht mehr relevant, sondern vielmehr alltagsrelevante Aspekte wie die Ausgestaltung des Bildungssystems oder der Gesundheitsvorsorge. Und alle folgen politisch dem größten gemeinsamen Nenner: Der American Dream gilt für alle!



Andreas Kalina
Sebastian Haas
Franziska Vogel

Abgrenzung oder Anerkennung?

Wie Integration gedeiht

In einer Zeit großer Veränderungen in der Gesellschaft ist die Frage nach den Integrationskräften besonders dringlich. Worin besteht Integration und wie kommt sie zustande? Dass darüber keineswegs Einigkeit herrscht, zeigte die Verabschiedung des bayerischen Integrationsgesetzes Ende 2016.

MARKUS GRUBER, Ministerialdirektor im Bayerischen Sozialministerium und dort federführend mit Fragen der Integration befasst, erläuterte den Aufbau des umstrittenen Gesetzes. Erklärungsbedürftig ist es, weil seine Struktur gänzlich aus dem Rahmen anderer Landesgesetze fällt. Es ist neben der Bayerischen Verfassung das einzige Landesgesetz, das eine eigene Präambel ziert. Diese wiederum wird von vielen gerade nicht als Zierde aufgefasst, da sie politisch sehr umstrittene Begriffe (vom bayerischen Brauchtum bis zur „Leitkultur“) enthält, die der gewünschten Eindeutigkeit von Rechtsbegriffen entgegenstehen. Gruber hingegen verteidigte das Gesetz, weil es in seiner Bezugnahme auf die Tradition und durch die Einforderung einer Bringschuld durch Zuwandernde, die Vorstellungen großer Teile der Bevölkerung aufgreife. Das aus dem Umbau des Sozialstaates bekannte Motto des „Forderns und Förderns“ habe so auch in der Integrationspolitik verankert werden können.

Identitäten

„Attributbasiert“ oder „handlungszentriert“, das sind die beiden unterschiedlichen Grundlagen, auf denen Identitätskonzepte aufgebaut werden können. Wenn Träger bestimmter Eigenschaften als Mitglieder einer Gruppe identifiziert werden, können Nationen, Geschlechter und auch „Rassen“ gebildet werden, so der Politikwissenschaftler Sebastian Haunss. Das schafft aber noch kein handlungsfähiges Kollektiv und führt stets zum Ausschluss einer anderen Gruppe. Auf Attribute wird vielfach verwiesen, wenn „kollektive Identität“ als politisches Konzept bemüht wird, so in der PEGIDA-Bewegung aber auch rund um die



© ROLANDMEY / PIXABAY CCO

Sarrazin-Debatte. Als analytisches Konzept dient „kollektive Identität“, wenn gefragt wird, wie sich das kollektive Handeln einer Gruppe oder einer sozialen Bewegung konstituiert.

Um herauszufinden, warum Menschen miteinander handeln, müssen Handlungskontexte untersucht werden. Die Antworten darauf sind wiederum vielfältig: So kann es die jeweilige Situation sein, die kollektives Handeln motiviert, aber auch gemeinsame Interessen (etwa im Marxismus) oder schlicht eine Nutzenkalkulation (rational-choice-Ansätze). Empirisch ist kollektives Handeln aber weder durch Umstände erklärbar, noch homogen, aber jedenfalls häufig. Offenbar liegt es an der Sinndeutung, dass gemeinsames Handeln möglich wird.

Gemeinsamer Sinn

Doch ist es nicht leicht, im Zusammenhang mit Integrationsfragen über Handlungen statt nur über Eigenschaften zu sprechen. Zur Bildung eines gemeinsamen Sinnes sind geteilte Erfahrungs- und Begegnungsräume notwendig. Mit dem Göttinger boat-people-project wurde auch dafür ein Beispiel in der Tagung vorgestellt. Die Regisseurin Nina de la Chevallerie zeigte auf, welche Prozesse in der Erarbeitung von Theaterstücken initiiert werden können. Sie begreift Kunst und Partizipation als zusammengehörig und führte bewegende Momente in der Arbeit mit Geflüchteten und jungen Menschen an. Mit einigen theaterpädagogischen Übungen versetzte sie auch die Tagungsteilnehmer in Bewegung.

Michael Spieker

Anstöße für eine Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften

Die neugegründete Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft (GSÖBW) traf sich in Tutzing, um sich über die Reform der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung als auch die Erneuerung der ökonomischen Bildung auszutauschen.

WAS ANDERES SOLLTE ÖKONOMIE SEIN, wenn nicht eine soziale Handlung? Von „Sozioökonomie“ zu sprechen, heißt also sich einer Tautologie zu bedienen. Doch die Rede von Sozioökonomie ist nicht überflüssig, denn sie legt die Grundlage der Ökonomie frei, die oftmals verdrängt wird.

Jahre nach der Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise kommt die Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften nur schleppend voran. Auf der Agenda sollte sowohl eine Reform der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung als auch die Erneuerung der ökonomischen Bildung stehen. Mit der neu gegründeten Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft (GSÖBW) trafen sich im Blick auf diese Aufgaben Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen in der Tutzinger Akademie. Forderungen nach einer paradigmatischen Pluralisierung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre an Schulen und Hochschulen wurden dabei übereinstimmend erhoben. Sascha Spoun, Präsident der Leuphana Universität, und Michael Hartmann, bundesweit bekannter Elitenforscher und Soziologe sowie Jack Reardon (USA) und weitere Referenten stellten Theorieansätze und Konzepte vor, die ökonomische Fragestellungen in ihre sozialen, politischen, ökologischen, kulturellen und historischen Zusammenhänge stellen. Sie kritisierten, dass viele wirtschaftswissenschaftliche Curricula an Hochschulen und Schulen diese systematisch ausblenden und so zu Fehlverständnissen führen. Zwar finde an vielen Orten multidisziplinäre und plurale Forschung zu ökonomischen Themen bereits statt, doch würde sie kaum wirksam. Silja Graupe von der Cusanus Hochschule zeigte detailreich auf, welche Beeinflussungstechniken führende wirtschaftswissenschaftliche Lehrbücher (Samuelson/Nordhaus, Mankiw) nutzen, um ihre Sicht auf Markt und Staat als einzige naturgegeben zu etablieren. Die Studienprogramme der Cusanus-Hochschule sind hingegen so angelegt, dass sie die soziale Einbettung von Märkten erhellen statt alles soziale Geschehen als „Marktgesetzen“ folgend auszugeben.



© GERALT / PIXABAY CCO

Die Didaktikerin Bettina Zurstrassen sprach über das wachsende Gewicht sogenannter „Berufsorientierung“ im schulischen Unterricht. Sie machte dabei auf die mangelnde empirische Begründung der Behauptung aufmerksam, dass Schulen bislang nicht ausreichend auf die Arbeitswelt vorbereitet. Sie kritisierte auch die Verengung auf Kompetenzen der Anpassung an gegebene Hierarchien und Berufswelten. Es gebe einen Hang zum „Statusfatalismus“, der sich damit begnügen, wenn man selbst „über die Runden“ komme, aber nicht mehr nach einer Verbesserung des Gesamtsystems strebe. Wie umstritten das Feld ist, wurde zuletzt deutlich, als Zurstrassens bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienenes Werk über „Ökonomie und Gesellschaft“ nach einer Intervention des Hauptgeschäftsführers des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände mit einem Vertriebsverbot belegt wurde. Er kritisierte die wissenschaftliche Kritik am Lobbyismus von Konzernen und Verbänden – und bestätigte mit (kurzzeitigem) Erfolg seiner Beschwerde zugleich deren Begründung. Das Werk ist mittlerweile wieder elektronisch erhältlich.

Die neue Fachgesellschaft wird sozioökonomische und andere sozialwissenschaftliche, fachdidaktische und hochschuldidaktische sowie bildungs- und hochschulpolitische Überlegungen zu Bildung und Ausbildung im wirtschaftlichen Feld systematisch zusammenführen. Hierzu sollen Perspektiven und Befunde der zentralen Bezugsdisziplinen, d. h. der Volkswirtschaftslehre, der Soziologie, der Ethik und der Politikwissenschaft in Bezug zueinander gesetzt und hinsichtlich didaktischer Aspekte diskutiert werden.

Michael Spieker

Linktipp:

Das einstmal mit einem Vertriebsverbot belegte Werk von Bettina Zurstrassen „Ökonomie und Gesellschaft“ ist online erhältlich: <http://www.bpb.de/shop/lernen/themen-und-materialien/200345/oekonomie-und-gesellschaft>.

Keine Sisyphusarbeit

Experten zeigten erfolgreiche Strategien zur Integration von Flüchtlingen in den Kommunen.

FLUCHT, Schlepperkriminalität, Grundversorgung und Unterbringung von Geflüchteten prägten die Schlagzeilen bis Mitte 2016. Die Akteure der Flüchtlingshilfe in Politik, Verwaltung, sozialer Arbeit und Ehrenamt haben die Herausforderungen mit großem Einsatz bewältigt. Mittlerweile bestimmt die Frage nach Integration die Debatte – und damit vor allem: Wie sieht in den Kommunen die Praxis der gesellschaftlichen Integration von Flüchtlingen aus? Welche Rahmenbedingungen liegen vor, welchen Herausforderungen muss man sich stellen? Wo gibt es Handlungsbedarf?*

Hans Vorländer von der TU Dresden definiert Integration als Kombination aus Teilhabe an der Gesellschaft, Vermittlung eines Zugehörigkeitsgefühls, Partizipation und Interaktion zwischen Bürgern eines Landes und den Zugewanderten. Dabei ist eine der größten Herausforderungen die Bewältigung gesellschaftlicher Spannungen und Konflikte. Migration sei dafür aber nicht die Ursache. Sie dient vielmehr als Blitzableiter für vorhandene Globalisierungs- und Modernisierungsängste – zumal sich an ihr die soziokulturelle Diversität in der Gesellschaft und steigende Ungewissheiten im Lebensumfeld nur besonders gut festmachen lassen. Die Ursachen liegen aber viel tiefer im gesellschaftlichen und demografischen Wandel sowie in einer zunehmend globalisierten Weltordnung, in der die Nationalstaaten an Bedeutung verlieren.

Verräterische Sprache

Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Flucht und Migration überzeichne die realen Phänomene, so Marcus Engler vom Netzwerk Flüchtlingsforschung. Begriffe wie Flüchtlingswellen und -ströme vermittelten ein unzutreffendes Bild, zumal Flüchtlinge lediglich einen Anteil von 0,3 Prozent der Weltbevölkerung stellen. Auch Hans Vorländer sieht eine gewisse Schizophrenie bei den Bedrohungswahrnehmungen, die vor allem der Dominanz des Migrationsthemas in den Medien geschuldet sind: So wird die allgemeine Bedrohung ungleich stärker als die individuelle Bedrohung bewertet: In Sachsen fühlt sich eine knappe Mehrheit der Bürger durch Fluchtpheomene bedroht; allerdings wird die Frage nach der konkreten, persönlichen Bedrohung lediglich von 13 Prozent bejaht.



Container gegen die Wohnungsnot von Flüchtlingen in Hannover
© Nifoto / wikipedia / CC BY-SA 4.0

Engler die verzerrten Wahrnehmungen auf die Konzentration der Geflüchteten auf einige wenige Länder zurück: Dies sei vor allem dem sog. Dublin-System geschuldet, auf dessen Grundlage den südlichen EU-Staaten und Ungarn faktisch eine größere Verpflichtung bezüglich der Registrierung und Erstaufnahme auferlegt wird als den nördlichen Ländern. Die Dublin-Verordnung lasse damit keine faire Verteilung zu. Ein Free-Choice-Modell für die Geflüchteten belaste die bevorzugten Ballungsräume und Großstädte.

Faire Verteilung

Als Alternative eigne sich ein gesamteuropäischer Verteilungsschlüssel. Würden die Lasten innerhalb der EU gleichmäßig verteilt, so würden sich die gesellschaftlichen Vorbehalte relativieren, so Engler. Allerdings sei hierbei weniger die EU als solche im Zugzwang, als ihre Mitgliedstaaten, die sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen müssten. Denn trotz der Dublin-Verordnung fällt Einwanderung und Asyl nach wie vor grundsätzlich in die nationalen Zuständigkeitsbereiche.

Interkulturelle Öffnung

Der gesellschaftliche Zusammenhalt macht sich laut Vorländer an der Qualität der sozialen Beziehungen fest, die von Vertrauen sowie von der Akzeptanz von Unterschiedlichkeit geprägt sein sollten; des Weiteren an der Verbundenheit mit den Mitbürgern und ihrer Kultur sowie an einer geteilten Gemeinwohlorientierung und Solidaritätsgefühl innerhalb der Gesellschaft. Zur Integration müssen alle beitragen. Sie sei nicht allein „Bringschuld der Zugewanderten“ An-

* Tagung in Zusammenarbeit mit der Interkulturellen Akademie der Inneren Mission München

eignung der Sprache sei nötig, aber vor allem müssen Geflüchtete „gehört werden“. Eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung könnte möglichen Schwierigkeiten vorbeugen.

Thomas Karmasin, Landrat von Fürstenfeldbruck, spricht weniger von Integration als von Inklusion. Diese könne nur stattfinden, wenn ein soziokulturelles Minimalverständnis gegeben ist, wie ein respektabler Umgang und ein gewisses Sprachniveau.

Zu Fluchtmotiven, Wertvorstellungen und Integrationserwartungen der Geflüchteten sprach Axel Böhm vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf Grundlage von Befragungen von Asylsuchenden. Der zentrale Beweggrund für Flucht ist Angst vor Krieg, Gewalt und Verfolgung. Dabei zeigt sich, dass die Kosten und Risiken der Flucht hoch sind. Die größte Sorge der Menschen ist die Angst, nicht in Deutschland bleiben zu können: „Es sind vor allem existenzielle Sorgen, in deren Fokus der Arbeitswille steckt, weniger aber ein Liebäugeln mit den deutschen Sozialsystemen.“ Der Anteil der Personen mit Berufs- und Hochschulabschlüssen ist gering. Insgesamt zeigen die Geflüchteten jedoch hohe Bildungsanstrengungen. Ein weiteres Ergebnis der Studie: In ihren Wertvorstellungen weisen die Geflüchteten sehr viel mehr Gemeinsamkeiten mit der deutschen Bevölkerung als mit der Bevölkerung in den Herkunftsändern auf.

Fehlende Wohnungen

Wohnungsnot sei die größte Herausforderung, sagte die Vorsitzende der BayernSPD, Natascha Kohnen, in einer Diskussion mit Markus Gruber vom Bayerischen Sozialministerium und Thomas Karmasin.



Diskussion über aktuelle Herausforderungen der Integration von Geflüchteten: Thomas Karmasin, Markus Gruber und Natascha Kohnen (von links)

© Vogel / APB

Doch auch bei diesem Thema wurde festgestellt: Geflüchtete sind lediglich ein Katalysator. Ursächlich für die Krise seien strukturelle Probleme: der demografische Wandel, die Landflucht und eine ansteigende Anziehungskraft der Metropolen. Kohnens Forderungen: mehr Mittel für den Wohnungsbau, Verbesserung

der Mietpreisbremse sowie Transparenz bei Mieten. Durch Verbesserung der ländlichen Infrastruktur müsse der Abwanderung in die Metropolen entgegengewirkt werden.

Gruber sprach sich für einen Ausbau der dezentralen Struktur der Integrationspolitik aus. Gemeinden müssten ihre erfolgreichen Lösungsansätze austauschen, um besser voneinander zu lernen.

Für Kohnen ist im Sinne einer übersichtlicheren Flüchtlingspolitik ein Einwanderungsgesetz unerlässlich, mit dem die Zuwanderung über alle Ebenen hinweg gesteuert werden könnte: „Wir haben nur einen Planeten und die Menschen werden sich bewegen, also müssen wir ein Gleichgewicht reinbringen.“

Frustrationen

Mira Wallis vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung sieht positive Entwicklungen seit dem Sommer 2015: Es haben sich professionelle Strukturen mit Arbeitsteilung und teils zentralen Kommunikationsstellen gebildet. Doch zeigen sich keine Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen: Nach wie vor seien Ehren- wie Hauptamtliche zeitlich und psychisch überlastet. Die Frustration sei groß, wenn ein Geflüchteter nach langjähriger Betreuung abgeschoben wird. Wo liegt dann noch der Sinn der Arbeit?

Dorothee Schiwy, Sozialreferentin der Landeshauptstadt München, wollte dem Bild, Integration sei eine kommunale Sisyphusaufgabe, entgegenwirken. München habe mit dem „Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen“ eine Strategie, um Geflüchtete frühzeitig und nachhaltig in die Stadtgesellschaft zu integrieren und ihnen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dabei werden die einzelnen „Stufen der Integration“ gegliedert: 1. Unterbringung, 2. Bildung und Erziehung, 3. Beratung, Deutschkurse und Ausbildung, 4. Qualifizierung und Arbeitsmarkt und 5. Wohnen. Für eine erfolgreiche Integration sei eine gute Vernetzung wichtig – sei es die Vernetzung von Geflüchteten mit den Einwohnern Münchens, als auch der Austausch der Flüchtlingshelfer, Sozialarbeiter und Ehrenamtlicher untereinander.

Schiwy betonte, dass sich München verglichen mit anderen Kommunen in einer sehr vorteilhaften Position befände: Die Landeshauptstadt könne angesichts ihrer finanziellen Ausstattung Integrationsarbeit leisten, bevor der Aufenthaltsstatus und die Bleibe perspektive festgestellt werden – und damit bevor die eigentlichen Integrationsmittel vom Staat bereitgestellt würden: „Die Ziele (Stadt-)Frieden und Humanität sind uns unser Geld wert.“

*Andreas Kalina
Franziska Vogel*

Sicherheit in den Städten

Zwischen Klimawandel und Kriminalität

Die Anschläge auf den Berliner Weihnachtsmarkt oder im Londoner Regierungsviertel, Hochwasser in Simbach und Tornado in Hamburg – Terroranschläge und Naturkatastrophen werden immer häufiger, so das Gefühl vieler Bürger. Wie kann die kommunale Infrastruktur und damit die Sicherheit in den Städten verbessert werden?

MIT DIESER FRAGE beschäftigten sich in der Akademie neben Ingenieuren und Architekten auch Sozialwissenschaftler, Studenten und Verwaltungsfachleute. Schon zum fünften Mal organisierte die Akademie gemeinsam mit der Bayerischen Ingenieurkammer-Bau diese interdisziplinäre Veranstaltung. Im Zentrum stand die Frage, wie wir mit Risiken und Sicherheit umgehen. Dass der Klimawandel vor allem städtische Ballungsräume betrifft, machte Peter Höppe deutlich. Mithilfe vieler Daten und Zahlen veranschaulichte der Leiter der Geo-Risiko-Forschung beim Müncher Rückversicherer Munich Re: Der Klimawandel ist real und menschengemacht.

Mehr extreme Wetterereignisse

Dem Experten zufolge werden die extremen Werte zunehmen: mehr Niederschlag, häufige Gewitter im Winter und Herbst, Starkniederschlag im Sommer und gleichfalls Dürre. Immer häufiger stellt er das Zusammentreffen von zwei Arten von Naturkatastrophen wie Hagel und Sturm fest.

Besonders betroffen sind zwar Städte, aber der Wissenschaftler sieht auch Chancen für urbane Räume. Der besondere Vorteil seien die kurzen Wege für viele Menschen in Ballungsräumen. Das sollte dem Wissenschaftler zufolge in der Stadtplanung berücksichtigt werden, ebenso wie die Auslegung der Entwässerungssysteme auf mehr Niederschlag und einen Hochwasserschutz, der einen Klimawandel-Zuschlag enthält. „Städte sollten ihre Infrastruktur anpassen“, empfahl Höppe.



Hochwasser und andere Naturkatastrophen gefährden zunehmend die Sicherheit in unseren Städten – hier in Sachsen im August 2004.

© Harald Weber hawedi / CC BY-SA 3.0

Andere Aspekte kommunaler Sicherheitsfragen zeigte der Münchener Polizeipräsident Hubertus Andrä anhand der Polizeiarbeit in der Landeshauptstadt auf. In München gibt es keine No-go-Areas, das staatliche Gewaltmonopol findet Anwendung, so Andrä. Im Jahr 2016 habe die Anzahl der Straftaten der Zahl vom Jahr 2010 entsprochen, obwohl mittlerweile 140.000 Menschen zugezogen sind. Stadtviertel wie das Hasenbergl oder Neuperlach seien keine sozialen Brennpunkte und besser als ihr Ruf.

Vermeidung von Problemvierteln

Um Problemviertel wie das belgische Molenbeek erst gar nicht entstehen zu lassen, ließe sich stadtbaulich vorsorgen. Eine gemischte Wohn- und Bevölkerungsstruktur könne Ghettobildung verhindern, betonte Andrä. Vermieden werden sollte auch der Eindruck verwahrloster Gebäude und Infrastruktur. Am Beispiel der „Feierbanane“ und der Kooperation mit Anwohnern und Unternehmen im Bereich des Hauptbahnhofs erläuterte Andrä das Konzept eines frühzeitigen und gemeinsamen Handelns und die Suche nach fachübergreifenden Lösungen.

Keine Weltnorm für Sicherheit

Welches Maß an Sicherheit im urbanen Raum gewünscht ist, hängt auch damit zusammen, wie viel Risiko eine Gesellschaft zu tragen bereit ist. Kammerpräsident Norbert Gebbeken von der Universität der Bundeswehr München und Sprecher des Forschungszentrums RISK unterstrich, dass die Gesellschaft den

Maßstab dafür festlegt. Ingenieure würden das gesellschaftliche Bedürfnis dann umsetzen. Die entscheidenden Einflussgrößen aus Risiko, Sicherheit, Akzeptanz und der Kostenfrage seien jedoch nicht eindeutig definiert. „Amerika hat ein anderes Verständnis von Sicherheit als Deutschland. Sicherheit wird nationalstaatlich bewertet, es gibt keine Weltnorm“, so Gebbeken.

Fehlende Maßstäbe

„Unsere Gesellschaft geht nicht gerade rational mit Risiken um“, sagte der Risikoforscher Klaus Heilmann. Er hält es für erstaunlich, dass es keine allgemein anerkannten Maßeinheiten zur Bemessung von Risiken gibt. Doch nur wenn wir lernen, Risiken zu messen und sie mit Maßeinheiten zu versehen, könnten wir sie ordnen und rationale Entscheidungen treffen. Während Risiko zu messen ein empirisches, wissenschaftliches Verfahren ist, würde die Beurteilung von Sicherheit eine normative, politische Aktivität sein.

Über eine Sicherheitsformel würden wir nicht verfügen. Sicherheit sei vielmehr eine Illusion, sagte Heilmann. Sie bedeute nicht die Vermeidung jeglicher Risiken, sondern sei „ein Weg zwischen den Risiken hindurch.“ Im Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit sei die zentrale Frage: „Wieviel finanzielle Belastung sind wir bereit, für mehr Sicherheit zu tragen? Wie viel Entzug persönlicher Freiheit für mehr Sicherheit sind wir bereit in Kauf zu nehmen?“

Mit dieser gesellschaftlichen Weichenstellung befasst sich die Politik. Zunächst müsse die Politik die Analyse der Lebenswirklichkeit der Menschen in den

Blick nehmen, sagte der Vorsitzende des Innenausschusses des Bayerischen Landtags Florian Herrmann (CSU) beim Podiumsgespräch mit Klaus Heilmann. Entscheidend sei dann die politische Schwerpunktsetzung.

Spiel mit der Angst

Zur Rolle der Medien im Umgang mit Risiken und insbesondere Ängsten gab der ehemalige Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens Sigmund Gottlieb unumwunden zu: „Ja, Ängste werden durch Medien und Politik instrumentalisiert.“ Die Medien skandalisierten, trivialisierten und personalisierten mehr als früher. Er begründete das mit dem Diktat des Online-Marktes, der noch schneller als beispielsweise der Print-Markt funktioniere und Klickzahlen generieren müsse. Mit Blick auf die jüngsten Falschmeldungen etablierter Medien zum NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts warnte Gottlieb vor der Entwicklung. „Gründlichkeit muss vor Schnelligkeit gehen. Be first, but first be sure“, so Gottlieb.

Skandalisierung

Der Medienwissenschaftler Christian Schicha von der Universität Erlangen-Nürnberg wies darauf hin, dass die Journalisten die Inszenierungsdominanz verloren haben. Der frühere Nachrichten-Konsument sei nun beispielsweise als Blogger auch Produzent. Zugleich kritisierte Schicha die vor allem in Talk-Shows ausgeprägten Skandalisierungstendenzen: „Da steht Deutschland tagtäglich am Abgrund“

Miriam Zerbel



Gruppenbild mit Dame (von links): Klaus Heilmann, Sigmund Gottlieb, Christian Schicha, Akademiedirektorin Ursula Münch, Tagungsleiter Gero Kellermann und Kammerpräsident Norbert Gebbeken

© APB

Sozialstaat oder Suppenküche?

Der Sozialstaat hat in den vergangenen 20 Jahren tiefgreifende Veränderungen erlebt. Das gilt sowohl für die Begriffe und Leitbilder, mit denen über ihn nachgedacht wird als auch für die konkreten Leistungen, die er für die Bürger erbringt. Unsere Tagung versuchte eine Bestandsaufnahme und identifizierte aktuelle Herausforderungen.



© STUTTMANN

GERECHTIGKEIT war immer schon das zentrale Ziel aller Politik und zugleich ihr zentraler Streitpunkt, denn unterschiedliche Menschen halten Unterschiedliches für gerecht. Thomas Schumacher, Professor für Philosophie in der Sozialen Arbeit, plädierte dafür, trotz aller Schwierigkeiten an dem Begriff festzuhalten. Man könnte einwenden, dass gerecht nur Personen, nicht aber Zustände sein könnten, da die Gerechtigkeit als Tugend eine Haltung beschreibe. Allerdings, so Schumacher unter Bezug auf die platonische Philosophie, geht die Gerechtigkeit als Qualität auf die Handlung selbst über, die dann zur gerechten Handlung wird. Nur durch sie entsteht ein förderliches Zusammenleben, in dem jeder eine gedeihliche Entwicklung erfährt, weil er das tun kann, was ihm selbst zukommt. Ein ungerechtes Zusammenleben hingegen ist von Konflikt und Stillstand geprägt und eigentlich unmöglich.

Gerechte Regeln

Doch wie gestaltet man das förderliche Zusammenleben? Gefordert wird es bis hin zu den Grundverträgen der Europäischen Union, wo in Art. 3 des Vertrags von Lissabon der Auftrag zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit und sozialem Schutz formuliert wird. Benötigt werden dazu gerechte Regeln, die von allen gleichermaßen eingehalten werden. Wo ungleiche Lebensbedingungen strukturell festgelegt werden, da sind sie nicht legitim und die Güterverteilung muss dann entsprechend verändert werden. Wo die Strukturen ungerecht sind, weil sie die gedeihliche Entwicklung behindern, da ist auch Nothilfe, zum Beispiel in der Form der Suppenküche, ein Akt der Gerechtigkeit. Aber nicht zur Stabilisierung der Ungerechtigkeit, sondern als erster Schritt zu deren Bekämpfung.

Die Einsicht in die Bedeutung der kollektiven Absicherung gegen Marktrisiken, die keiner allein leisten kann, bildete den Anfang der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates. Mit der Industrialisierung wird die Arbeitskraft zu einer Ware wie andere Waren auch. Freilich mit dem Unterschied, dass es sich niemand leisten konnte, diese Ware nicht zu verkaufen, wenn der Preis einmal nicht stimmte – wie auch Niedriglöhne der Gegenwart zeigen. Der Sozialstaat drängte jedoch den Warencharakter der Arbeitskraft zurück, indem er Bürger auch dann sozial absicherte, wenn sie keiner Arbeit nachgehen konnten. Der „aktivierende Wohlfahrtsstaat“ verschiebt nun die Verantwortlichkeit für die soziale Sicherheit, so der Soziologe Martin Kronauer. Sie „verschiebt sich nun von der in Wohlfahrtsstaaten institutionalisierten Verantwortung der Gesellschaft für das Wohlergehen aller ihrer Mitglieder in grundlegenden Belangen zur Verantwortung der einzelnen Mitglieder für die Gesellschaft.“ Statt der Passivität der Fürsorge wird nun Eigenaktivität und diese vor allem als Pflicht zur Erwerbsarbeit gefordert.

Nach dem Modell eines kapitalistischen Unternehmens investiert der Sozialstaat in die Bürger und das soll sich auch durch Erträge rechnen: „Die Investition in die soziale Absicherung gegen Armutsriskiken, besonders bei Kindern und im Alter, soll die Bereitschaft der Menschen stärken, in einer zunehmend flexibel organisierten Arbeitswelt Risiken zu übernehmen; die Investition in Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen soll die Bereitschaft junger Frauen erhöhen, sowohl Kinder zu gebären als auch erwerbstätig zu sein, also gewissermaßen zwei ökonomische Probleme mit einer Klappe zu schlagen: das demographische und das Arbeitsmarktproblem; Bildungsinvestitionen sollen sich in einer Steigerung des sogenannten Humankapitals nie-

derschlagen.“ Nicht das soziale Recht auf Schutz der Menschen vor Marktabhängigkeit, sondern „die Ökonomie“ bestimmt hier die Politik. Wer für zentrale Lebensrisiken, wie Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit Vorsorge treffen will, der soll das nun zunehmend „eigenverantwortlich“ über private Versicherungen tun.

In diese Richtung, so Kronauer, wirke auch die EU. Das Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit hat sich nämlich nicht in institutioneller Ordnungstätigkeit ausgedrückt. Stattdessen wurde der Vorrang von Markt und Konkurrenz vor die politische Gestaltung von Wohlfahrt gestellt. Marktintegration ging dabei stets vor sozialer Inklusion. Das engagierte Votum des Sozialrechtlers Eberhard Eichenhofer aber wies auch auf sozialpolitische fortschrittliche Einwirkungen der EU hin, sowie auf die Alternativlosigkeit einer europäischen Regulierung des Wohlfahrtsstaats.

Neue Arbeitswelt

Das Paradigma der Aktivierung spiegelt sich auch in der neuen Arbeitswelt wider, wie der Soziologe Ludwig Pongratz aus seinen Forschungen berichtete. Pongratz prägte dazu vor einigen Jahren den Begriff des „Arbeitskraftunternehmers“. In der Arbeitswelt der 2000er Jahre wirkt das Leitbild der Selbstkontrolle, der Selbstrationalierung und der Selbstökonomisierung und führt zur „Verbetrieblichung der Lebensführung“. Alles muss effizient sein, selbst die arbeitsfreie Zeit wird zum Auftanken für den Berufsalltag. Die Trennung von Arbeits- und Privatwelt wird zunehmend aufgehoben und wie beim proletarischen Arbeiter der beginnenden Industrialisierung wird wieder die gesamte Existenz des Arbeitenden durch den Wertschöpfungsprozess erfasst.

Dabei gilt, dass das von hoher Autonomie geprägte Format des Arbeitskraftunternehmers auch jene Arbeitsverhältnisse unter Druck setzt, die nicht selbst über Arbeitsabläufe oder -zeiten bestimmen können. Doch, so die Kritik im Laufe der Diskussion: Vielleicht ist auch der Begriff des „Arbeitskraftunternehmers“ selbst schon irreführend, weil er die Abhängigkeit des Arbeitenden nicht sichtbar macht.

Schließlich wäre da noch das Phänomen der Solo-Selbstständigkeit, die in Deutschland in vielen Fällen kaum oder gar nicht sozial abgesichert ist. Eine ver-

änderte Arbeitsmarktpolitik aber auch Flexibilisierungsstrategien von Unternehmen führten zu einem großen Anstieg auf über 2,5 Millionen Selbständige ohne Mitarbeiter. Nur ein Viertel davon verdient geringfügig mehr als angestellte Arbeitnehmer, dafür verdienen aber drei Viertel weniger. Im Jahr 2014 etwa im untersten Quartil durchschnittlich 4,19 Euro als Solo-Selbständiger gegenüber sechs Euro als Arbeitnehmer.

Altersarmut

Es liegt nahe, dass, wer nur ein geringes Arbeitseinkommen erzielte, auch nur eine niedrige Rente erhalten wird. Dazu forscht der Politikwissenschaftler

Antonio Brettschneider.

Er benannte mehrere strukturelle Risiken für die Notwendigkeit, im Alter Grundsicherung zu benötigen. Solo-Selbständigkeit führt ebenso häufig zu einer Unterversorgung im Alter wie die Familienorientierung bei Frauen, späte Zuwanderung oder die Prägung durch den Umbruch in Ostdeutschland. Die Rückführung des Rentenniveaus auf eine Basissicherung

statt der vormaligen Orientierung an einer Lebensstandardsicherung, führt für viele Gehaltsgruppen zu einer Rente unter dem Grundsicherungsniveau. Wer weniger als 2000 Euro im Monat verdient, wird nur noch eine Rente unterhalb der Höhe der Grundsicherung erhalten. Mehrfach wurde im Laufe der Tagung daran erinnert, dass der Rückbau des Rentenversicherungssystems maßgeblich eine Folge der Finanzierung der deutschen Einheit durch die Sozialkassen und damit einseitig durch die Arbeitnehmer gewesen sei.

Die Grünen-Landtagsabgeordneten Kerstin Celina konstatierte abschließend eine weitreichende Tendenz zur Entsolidarisierung, die es auch der Politik erschwere, Verteilungsfragen zu thematisieren und strukturelle Ungerechtigkeiten anzugehen. Sie betonte die Bedeutung der Bildungspolitik, zu deren sozialpolitischer Bedeutung auch die Erziehungs- und Politikwissenschaftlerin Rita Nikolai auf der Tagung sprach. Sie dämpfte aber die Hoffnung, wonach Bildungspolitik allein die neue Sozialpolitik sein könne. Stets müsste sie umfangreich flankiert werden, beispielsweise durch eine kluge Wohnraumpolitik und natürlich durch ein Steuersystem, das die benötigten Ressourcen bereitstellen kann.

Michael Spieker



Antonio Brettschneider: „Viele Gehälter führen zu einer Rente unter dem Grundsicherungsniveau.“



Ludwig Pongratz prägte den Begriff des „Arbeitskraftunternehmers“.

© Borasio / APB

Verfolgung, Frustration und Fummelfeten

Die Betrachtung der schwierigen Geschichte der homosexuellen Emanzipation in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg lässt manches Vorurteil auf der Strecke bleiben.

WER ERINNERT SICH NICHT an Major Strasser aus dem Film „Casablanca“, gedreht im Kriegsjahr 1942? Vorbild für diese Figur war der deutsche Diplomat Theodor Auer, der von 1940 bis 1942 als Generalkonsul des Deutschen Reichs in Casablanca fungierte. Seine homophilen Neigungen blieben insbesondere dem amerikanischen und britischen Geheimdienst nicht unbekannt, ja, die angelsächsischen Agenten versuchten sogar, Theodor Auer mit gefälschten Dokumenten als gefährlichen Homosexuellen darzustellen, um ihm in Berlin zu schaden. 1943 wurde Auer wegen Feindbegünstigung und Wehrkraftzersetzung verhaftet. 1953 wurde er wieder in den Auswärtigen Dienst aufgenommen und hatte bis zu seinem Tode mit Anklagen und Gerichtsprozessen mit Bezug auf seine Homosexualität zu kämpfen.

Strafbarkeit und Verfolgung

Anlass für die Tagung* „Verfolgung – Diskriminierung – Emanzipation. Homosexualität in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg“ war die Beobachtung, dass zwar inzwischen die Geschichte der Homosexualität bis 1945 relative wissenschaftliche Beachtung gefunden hat, jedoch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine umfangreiche Leerstelle besteht. Zudem wird in dieser Frage viel zu selten der Blick über den nationalen Tellerrand gewagt. Dieser aber lohnt, auch wenn dabei oftmals liebgewordene Vorurteile auf der Strecke bleiben. So waren etwa homosexuelle Handlungen von Männern in der Bundesrepublik oder Großbritannien verboten. In katholischen Staaten wie beispielsweise Frankreich oder der Volksrepublik Polen waren sie erlaubt. Dies bedeutete aber noch lange nicht, dass man als homosexueller Mann in Polen das Paradies auf Erden fand, wie Markus Pieper (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) betonte. Anders als im sozialistischen Nachbarstaat DDR, wo es seit den 1970er Jahren sehr langsam zu einer gewissen Emanzipation der Homosexuellen kam, hatten gleichgeschlechtlich liebende Männer in Polen noch Mitte der 1980er Jahre mit massiven Polizei-



*Gedenktafel für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen
© TxL gkhs / wikipedia commons CCO 3.0*

razzien zu kämpfen. Zwischen der Strafbarkeit einer Handlung und ihrer polizeilichen Verfolgung können also Welten liegen.

Theorie und Praxis

Überhaupt die DDR: Zwar gerierte sich das Land nach 1949 weitaus liberaler als die Bundesrepublik, doch, so erläuterte Andrea Rottmann (University of Michigan, Ann Arbor) anhand von Einzelfällen des „schwul-lesbischen Milieus“ in der DDR, sah die Realität oft anders aus. So erschien die Kommunistin und „antifaschistische“ Widerstandskämpferin Hilde Radusch aus Berlin, die durch Aussehen und Lebenswirklichkeit nicht den traditionellen Geschlechtsmustern entsprach, ihren männlichen Vorgesetzten als „zu intelligentes und zu gefährliches Weib“. Ihre Entlassung aus einer Kommunalbehörde wurde deshalb Ende der 1940er Jahre durch Entwendungen aus ihrem Büro von langer Hand vorbereitet. Lesbische Frauen hatten es, so Maria Borowski (Technische Universität Berlin), in der frühen DDR ausgesprochen schwer, eine Partnerin zu finden. Während männliche Homosexuelle sich Nischen in Kneipen, Cafés und an öffentlichen Plätzen erkämpfen konnten, hatten Frauen wenige Möglichkeiten, andere Frauen kennenzulernen. Kulturaktivitäten, so etwa Theater- oder Tanzgruppen, bildeten hier eine Ausnahme.

Die Wörner-Kießling-Affäre

Aber auch in der Bundesrepublik hatte man bis in die späten 1960er Jahre hinein in besonderem Maße auf der Hut zu sein. So musste sich der bereits erwähnte Theodor Auer, wie Rudolf Muhs (University of Lon-

* In Kooperation mit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

don) aufzeigte, davor hüten, öffentlich zu bekennen, was eigentlich viele wussten, um einer Entlassung aus dem Auswärtigen Dienst zu entgehen. Solange er sich an diese ungeschriebene Regel hielt, wurde er auch in den 1950er und 1960er Jahren vom Amt unterstützt. Der bekannte Staatsanwalt Fritz Bauer wiederum, der während eines Aufenthaltes in Dänemark in den Blick der auch dort homophoben Polizeibehörden geriet, hatte größte Mühe, sich einem Prozess zu entziehen, erläuterte Werner Renz (Fritz Bauer Institut, Frankfurt/Main). Dies gelang erst Jahre später z.B. dem westdeutschen Vier-Sterne-General und stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber Europa, Günter Kießling, dem man Anfang der 1980er Jahre Erpressbarkeit aufgrund seiner homosexuellen Neigungen vorwarf, weshalb er flugs vom damaligen Verteidigungsminister Manfred Wörner entlassen wurde. Kießling, so berichtete Norman Domeier (Universität Wien), habe daraufhin erfolgreich den Weg in die Öffentlichkeit gesucht und konnte so seine Wiederaufnahme in die Bundeswehr erwirken.

Diskriminierung in der Armee

Die westdeutsche Armee war jedoch noch sehr lange durch Homophobie geprägt. Erst 1984 war im Gefolge der Wörner-Kießling-Affäre anerkannt worden, dass eine homosexuelle Veranlagung kein Dienstvergehen sei. Doch wurden bis zum Jahr 2000 Homosexuelle nicht zu Offizieren befördert. Zugleich wurden homosexuelle Vorfälle als vermeintliche „Ausrutscher“ gewertet, wenn sie unter Alkoholeinfluss stattfanden. Damit konnte die Bundeswehr, so Klaus Storkmann (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam), der von ihr seit den 1970er Jahren verfolgten Maxime treu bleiben, homosexuelle Soldaten nur dann zu bestrafen und zu entlassen, wenn sie ihre Sexualität nicht völlig im Geheimen auslebten oder keine anderen scheinbaren „Entlassungsgründe“ wie Alkoholkonsum vorzuweisen hatten.

Säuberungswellen

Die britische Armee war sogar weit radikaler bei der Verfolgung von Homosexuellen als die Bundeswehr. Mit großem Aufwand wurden, wie Michael Mayer (Akademie für Politische Bildung) erläuterte, seit Ende der 1960er Jahre gleichgeschlechtlich liebende Soldatinnen und Soldaten aufgespürt, vor ein Militärgericht gestellt oder, wo sich nicht genügend Hinweise fanden, einfach als untauglich entlassen. Die Säuberungswelle jener Jahre war dabei eine direkte Folge der Liberalisierung des britischen Sexualstrafrechts 1967, das aber in der Armee keine Anwendung fand. Vielmehr sollte die britische Truppe, die durch eine vermeintlich permissive Zivilgesellschaft unter Druck geraten war, gegen die „Gefahren“ immunisiert werden, die aus dem zivilen „Lotterleben“ her-

rührten. Erst im Verlauf der 1980er Jahre endete die Verfolgung. Doch noch 1999 entließ die britische Armee 300 Soldaten, bevor im Folgejahr das Verbot für gleichgeschlechtlich orientierte Angehörige der Armee auf Druck des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aufgehoben wurde.

Überkommene Feindbilder

In Deutschland bedeuteten die 1970er Jahre bereits eine Zeitenwende für homosexuelle Frauen und Männer. Gleichgeschlechtliche Liebe unter Erwachsenen war seit 1969 in der Bundesrepublik nicht mehr verboten, die DDR war bereits 1968 in dieser Frage vorangeschritten. Dies gestattete den Menschen, befreiter denn je eine eigene Subkultur zu leben und, so Andreas Pretzel (Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft e.V., Berlin), mit neuen Formen von Sexualität, darunter die bekannten Fummelfeten, zu experimentieren.



Schwulen- und Lesbenparade in Amsterdam

© misign / pixabay

Die 1980er Jahre bedeuteten dabei mit dem Aufkommen der Immunschwächekrankheit AIDS einen jähnen Einbruch in der Normalisierungsphase, erläuterte Michael Schwartz (Institut für Zeitgeschichte, Berlin). Medienkampagnen, etwa der BILD-Zeitung, zauberten plötzlich wieder überkommene Feindbilder, so der „gefährliche promiskutive Schwule“, aus der Mottenkiste hervor. Doch genauso schnell verschwanden die Bilder wieder Ende der 1980er Jahre, die Integration von Schwulen und Lesben wurde weitergeführt. Dies zeigte sich etwa daran, dass die ursprünglich von homosexuellen Betroffenen gegründete Deutsche Aidshilfe e.V. mit Hilfe staatlicher Gelder und in enger Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung eine erfolgreiche Kampagne durchführen konnte, um Menschen vor einer AIDS-Ansteckung zu bewahren, die Homosexuelle wie Heterosexuelle gleichermaßen betraf.

Michael Mayer

Der Bildungsenthusiast wird uns fehlen

Unser Gründungskurator
Dr. h.c. Wilhelm Ebert ist im
Alter von 94 Jahren gestorben.

„LANGJÄHRIGES MITGLIED unseres Kuratoriums“ Eine solche Umschreibung des Wirkens von Dr. h.c. Wilhelm Ebert wäre eine starke Untertreibung. Natürlich – Wilhelm Ebert gehörte unserem Kuratorium von dessen konstituierender Sitzung am 9. September 1957 bis zu seinem Tod am 28. Juni 2017 an. Aber er war für die Akademie weit mehr als „nur“ Kuratoriumsmitglied. Wilhelm Ebert war analytisch denkender Ideengeber und streitbarer Mitbegründer der Akademie für Politische Bildung, aufmerksamer und unbestechlicher Wegbegleiter und ein den Menschen zugewandter und verblüffend vielseitiger Bildungsenthusiast. Die Akademie für Politische Bildung verdankt Wilhelm Ebert viel. Er unterstützte konsequent die Umsetzung des gesetzlichen Auftrags der Akademie als überparteiliches und überkonfessionelles Forum für Politik, Wissenschaft und Gesellschaft, als Kompetenzzentrum für politische Bildung sowie als bestens vernetzte Forschungseinrichtung. Sein Tod in dem Jahr, in dem sich das Bayerische Landesgesetz zur Errichtung einer Akademie für Politische Bildung zum 60. Mal jährt, ist auch für die Akademie ein Einschnitt.

Früher Wegbegleiter

Wilhelm Ebert war an den Vorüberlegungen zur Akademiegründung beteiligt – bis hin zum Entwurf des Akademiegesetzes. Nicht zuletzt die „Äquidistanz“



Wilhelm Ebert (links) war stets ein Verfechter der Interessen der bayerischen Lehrerinnen und Lehrer und im Einsatz für eine chancengerechte Bildungspolitik – hier im Gespräch mit dem damaligen bayerischen Kultusminister und langjährigem Vorsitzenden unseres Kuratoriums Prof. Dr. Hans Maier.



Wilhelm Ebert (Mitte) zusammen mit Akademiegründer Waldemar von Knoeringen (links)

© BLLV-Archiv

der Akademie zu allen politischen Parteien war ihm ein wichtiges Anliegen. Darin war er sich mit dem späteren Kuratoriumsvorsitzenden Karl Böck, von dem diese Charakterisierung ursprünglich stammte, völlig einig. Herr Ebert nahm als Vertreter des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV) bereits an der ersten Tagung des sogenannten Grünwalder Arbeitskreises teil, auf der namhafte Wissenschaftler, Pädagogen, Politiker und Beamten auf Initiative des SPD-Fraktions- und Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen im Juli 1955 darüber berieten, wie die politische Bildung im Freistaat Bayern institutionalisiert verankert werden sollte.

Wilhelm Ebert war jedoch nicht nur Interessensvertreter, sondern hatte auch Anteil am Zustandekommen der damaligen bayerischen Regierungskoalition aus SPD, Bayernpartei, Gesamtdeutscher Block/Bündnis der Heimatvertriebenen und Entrichteten (GB/BHE) und FDP (Dezember 1954 bis Oktober 1957). Inhaltlich trug er vor allem zu deren schulpolitischer Ausrichtung maßgeblich bei. Auch nach dem vorzeitigen Ende der Viererkoalition kämpfte der „begnadete Netzwerker“ (so unser früherer Akademiedozent Jürgen Weber in seiner im Akademiereport 2/2013 erschienenen Buchbesprechung zu Wilhelm Eberts zweibändiger Autobiographie: „Mein Leben für eine pädagogische Schule. Im Spannungsfeld von Wissenschaft, Weltanschauung und Politik, Klinkhardt Verlag 2009) für sein Ziel – das Ende der sog. Konfessions- bzw. Bekenntnisschule als Regelschule und die Durchsetzung der „Gemeinschaftsschule“, also der Volksschule als gemeinsamer Schule aller Kinder. Es war Wilhelm Ebert, dem es in der damaligen heftigen öffentlichen Debatte gelang, zwischen der CSU-geführten Bayerischen Staatsregierung und der Opposition zu vermitteln und zu erreichen, dass sich



Wilhelm Ebert kurz nach seinem 90. Geburtstag beim Sommerfest der Akademie im Jahr 2013 zusammen mit Direktorin Ursula Münch
© APB-Archiv

Regierung und Opposition zu gemeinsamen Verhandlungen bereit erklärten. Die endgültige Überwindung der konfessionellen Trennung der Volksschulen in Bayern erfolgte dann durch einen Volksentscheid mit anschließender Verfassungsänderung, die am 1. August 1968 in Kraft trat.

Vielfältige Funktionen

Eberts Lebensmottos waren Zivilcourage und Freiheit. Die Forderung, beides gerade auch Lehrkräften zuzugestehen, mag heute niemanden mehr erstaunen. Aber dass aus dieser Forderung eine vermeintliche Selbstverständlichkeit werden konnte, dazu leistete Wilhelm Ebert einen wichtigen Beitrag in Bayern, in Deutschland und sogar weltweit. Schließ-

lich war er nicht nur von 1955 bis 1962 sowie von 1967 bis 1984 Vorsitzender des BLLV, sondern außerdem von 1974 bis 1993 Vorsitzender der Verbands Bildung Erziehung (VBE) sowie von 1975 bis 1978 Präsident des Weltverbandes der Lehrerorganisationen (WCOTP), dessen Pariser Büro er außerdem von 1958 bis 1970 leitete. In diesen Funktionen verfolgte er natürlich verschiedenste Anliegen. Besonders wichtig war ihm jedoch immer die Akademisierung der Lehrerbildung. Nach seiner tiefen Überzeugung konnte eine fachlich wie pädagogisch höchst versierte Lehrerschaft dem Untertanengeist, der gerade in den 1950er Jahren noch in den Schulen herrschte, den Boden entziehen. Dass Wilhelm Ebert sich in allen bildungs- und schulpolitischen Fragen bestens auskannte und ein untrügliches Gespür für politische Konstellationen hatte, versteht sich fast von selbst. Aber auch Gespräche mit ihm über technologische Innovationen, Probleme der Physik oder Entwicklungen in den Neurowissenschaften waren für seine Gesprächspartner immer eine intellektuelle Herausforderung und eine Bereicherung.

Sachverstand und Humor

In seiner im Jahr 2009 erschienenen Biografie schrieb Wilhelm Ebert auf Seite 273 über das Kuratorium der Akademie für Politische Bildung: „Seit langem bin ich nun das älteste Mitglied dieses erlauchten Greimums, ich fühle mich dabei weiterhin als Demokrat gefordert.“ Wie gern hätten wir seinen Sachverstand, seine Menschlichkeit und seinen Humor noch länger an unserer Seite gewusst. Wir verneigen uns vor einer großen Persönlichkeit und trauern um einen väterlichen Freund. Wilhelm Ebert hinterlässt eine große Lücke.

Ursula Münch

Personelle Veränderungen im Beirat der Akademie

Aus dem Beirat ausgeschieden sind: Klaus Drausche, Dr. Hannemor Keidel, Dr. Jürgen Busse, Bundesminister Alexander Dobrindt, MdB sowie Prof. Dr. Egon Endres.

Wir bedanken uns für die gute und engagierte Zusammenarbeit in den letzten Jahren und für zahlreiche Denkanstöße zur Arbeit der Akademie.

Neu im Beirat sind: Jörg Ammon (Bayerischer Landes-Sportverband), Prof. Dr. Eugénia da Conceição-Heldt (Hochschule für Politik München), Lieselotte Feller (Frauenverbände), Dr. Johann Keller (Kommunale Spitzenverbände), Andreas Scheuer, MdB (CSU) sowie Prof. Dr. Hermann Sollfrank (Bayrische Universitäten und Hochschulen).

Wir begrüßen die neuen Mitglieder ganz herzlich und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit und neue Impulse und Ideen.

Ein Freund und Förderer von Druckwerk und „schwarzer Kunst“

Am 31. Juli kann der frühere Assistent Gerhard Kullmer seinen 90. Geburtstag feiern. Von 1959 bis 1965 hat sich „der Mann der Akkuratesse“ um den Aufbau der Akademiebibliothek besondere Verdienste erworben.

NACH DEM STUDIUM der Geschichte, Germanistik und Anglistik an den Universitäten Mainz und Freiburg i.Br. trat er im März 1959 in den Dienst der Akademie ein. Hier war er vor allem mit Aufbau und Leitung der Akademiebibliothek betraut worden. Trotz seiner als prekär einzustufenden Beschäftigungssituation (ausschließlich kurzfristige Verträge von teils nur zweimonatiger Dauer), ist es Kullmer auch unter schwierigsten Bedingungen gelungen, eine solide Basis für den Auf- und Ausbau der gut sortierten und inzwischen auf stattliche 45.000 Einheiten angewachsenen Akademiebibliothek zu legen.

Am Beginn der Akademiearbeit im Oktober 1958 war die notwendige Literatur allenfalls rudimentär vorhanden. Auch mangelte es an Regalen und an einem vernünftigen Arbeitsplatz für den „Gründungsbibliothekar“. Als er 1965 die Akademie verließ, umfasste deren Bibliothek bereits rund 10.000 Bände sowie ca. 100 Zeitschriften.

Tagungen für Bibliothekare

Der akademisch gebildete Bibliothekar und Assistent Kullmer war auch maßgeblich an den Fachtagungen für die Vertreter seiner Zunft beteiligt. „Politische Bildung durch das Buch – Aufgabe und Möglichkeiten“ nannte sich die erste aus einer ganzen Reihe von erfolgreichen Tagungen für Bibliothekare im Jahr 1961 (siehe Akademie-Report 2/17). Diese „Tutzinger Gespräche“ haben sich bis zu ihrer Einstellung 1971 in bibliothekarischen Fachkreisen größter Wertschätzung erfreut.

Als sein Gesellenstück auf dem Feld der verantwortlichen Schriftleitung von Akademiepublikationen könnte man die 1961 erschienene Bücherkunde „Politische Bildung durch das Buch“ bezeichnen. Der Band enthält bibliografische Daten, kurze Inhaltsangaben und Würdigungen von annähernd 380 Titeln, die vom Kollegium der Akademie ausgewählt und besprochen wurden.

Hierzu hat allein Kullmer stolze 51 Rezensionen bzw. Annotationen beigesteuert.

Kullmer zeichnete sich durch wissenschaftliches Interesse sowie ein außerordentliches Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit aus. Zudem verfügte er über vorzügliche Kenntnisse des Verlags- und Buchwesens.

Spätere Stationen

Da es für ihn auf Dauer keine auskömmliche Planstelle gab, verließ Kullmer 1965 die Akademie. Er wechselte nach Bonn (bis 1969) zum Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV). Seine weiteren beruflichen Stationen führten ihn zurück nach München: Süddeutscher Verlag, Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger. Von 1966 bis 2001 bekleidete er das Amt des Geschäftsführers der Stiftervereinigung der Presse e.V. in Bonn und München. In kirchlichen Ehrenämtern seiner Gemeinde Eichenau ist er bis heute tätig. Möge er dies und vieles anderes auch weiterhin tun können. Dafür alle guten Wünsche aus Tutzing: Ad multos annos!

Steffen H. Elsner



Der frühere Akademiebibliothekar Gerhard Kullmer konnte seinen 90. Geburtstag feiern.

© privat

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158 / 256-0 Fax 08158 / 256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: A.Kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistenz)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Peter Molnar Blumenstr. 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Prominente Gäste beim Sommerfest



Sie feierten zusammen mit über 400 Gästen an einem lauen Sommerabend im Akademiepark (von links nach rechts): der Landtagsabgeordnete Klaus Stöttner (CSU), Patricia Riekel (Ex-Chefredakteurin der BUNTE), Helmut Markwort (Mitherausgeber des FOCUS), der ehemalige bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP), unser Kuratoriumsmitglied und Landtagsabgeordnete Ute Eiling-Hüting (CSU), Akademiedirektorin Ursula Münch, der Starnberger Landrat Karl Roth, die Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung und stellvertretende Vorsitzende unseres Kuratoriums Ursula Männle, die Ehefrau von Rudolf Mellinghoff, die Vorsitzende der BayernSPD Natascha Kohnen, MdL, der Präsident des Bundesfinanzhofs Rudolf Mellinghoff, Generalkonsul Sugandh Rajaram (Indien), Generalkonsul Renato Gianfaroni (Italien), der ehemalige Spitzenkandidat der BayernSPD Franz Maget, die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), der Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel (SPD) und der Landtagsabgeordnete Otmar Bernhard (CSU).

20 neue Positionen

Zum 28. Mal stellen Künstlerinnen der GEDOK München in der Akademie aus.

KULTURELLE GEGENSÄTZE, der Sprung aus der geordneten Reihe, das Überwinden von Grenzen und Oberflächen – mit diesen und anderen Themen setzen sich die 20 Künstlerinnen auf höchst kreative und unterschiedliche Weise auseinander.

Häufiger als in den Jahren zuvor thematisierten die Künstlerinnen die aktuelle politische Lage, vor allem den Krieg in Syrien, die Angst vor Terroranschlägen des sogenannten Islamischen Staates und das Elend der Flüchtlinge. Michael Schröder eröffnete die Ausstellung in Vertretung der Direktorin und betonte, dass diese Themen auch die Akademie leider zunehmend beschäftigen: „Das ist ein Beleg dafür, wie eng Kunst und Politik oftmals verflochten sind, vor allem wenn sich die Künstlerinnen auch politisch verstehen.“ Kunst müsse nicht immer allen gefallen, rege aber auf jeden Fall zum Gespräch, zu Fragen, Diskussionen und Interpretationen an. „Insofern passen sie gut in unser Haus“, sagte Schröder.

Die neue GEDOK-Vorsitzende Friedel Schreyögg sagte, die Arbeit der größten interdisziplinären Künstlerinnenorganisation in

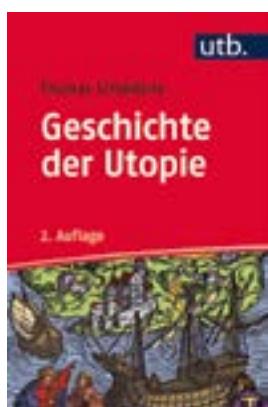
Deutschland diene dem Ziel, „eine Hälfte der Menschheit sichtbar, hörbar, wahrnehmbar zu machen“. Museen wirkten noch immer als Ausdruck einer Jahrhunderte währenden männlichen Dominanz, für die Gleichstellung der Frauen im Kunstbetrieb seien Kooperationen wie die zwischen GEDOK und der Akademie essenziell. Bis zum Juni 2018 ist die neue Ausstellung zu den üblichen Öffnungszeiten der Akademie zu besichtigen.

MS



Gruppenbild mit Mann: Dozent Michael Schröder (Mitte) im Kreis der Künstlerinnen
© Haas / APB

Politische Theorie



Thomas Schölderle

Geschichte der Utopie

Eine Einführung.

2., überarbeitete und aktualisierte Auflage.

Böhlau, Köln / Weimar / Wien
2017

ISBN: 978-3-8252-4818-5,
211 Seiten, 17,99 Euro

Geschichte der Utopie Eine Einführung

UTOPIEN sind Gedankenexperimente und kritische Spiegelbilder der historischen Wirklichkeit. Diese Einführung liefert einen Überblick zur Geschichte der Utopie und stellt ihre wichtigsten Entwürfe sowie ihre wesentlichen Merkmale, Ziele und Funktionsweisen vor. Auf diese Weise ergibt sich ein klares und konturenreiches Bild einer der einflussreichsten Denkströmungen der abendländischen Tradition. Das Studienbuch diskutiert den Utopiecharakter von den antiken Mythen des Goldenen Zeitalters über die Klassiker der Frühen Neuzeit bis hin zu den Schreckensvisionen und den ökologischen und feministischen Modellen des 20. und 21. Jahrhunderts. Es erscheint wegen der großen Nachfrage jetzt in einer 2., überarbeiteten und aktualisierten Auflage.

Behandelt werden unter anderem Platon, Joachim von Fiore, Thomas Morus, Francis Bacon, Tommaso Campanella, J. G. Schnabel, William Morris und George Orwell.

Rezensionsstimmen zu:

Utopia und Utopie

Thomas Morus, die Geschichte der Utopie und die Kontroverse um ihren Begriff

Thomas Schölderle (Hrsg.), Nomos, Baden-Baden 2011, ISBN 978-3-8329-5840-4, 540 Seiten, brosch., 64,00 Euro

„hervorragend recherchierte und argumentierte Arbeit... eine Arbeit, die als Meilenstein in der Forschung zur Utopie gelten muss und mit ihrer Verbindung literaturwissenschaftlicher und politik- und sozialwissenschaftlicher Methoden ein Modell geglückter Interdisziplinarität darstellt. Die in dieser Untersuchung vorgenommene Nutzung von Morus' Utopia und ihrer Tradition für eine Begriffsbestimmung der Utopie überzeugt in jeder Hinsicht.“

Wolfgang G. Müller,
Literaturwissenschaftliches Jahrbuch 2012

„in jeder Hinsicht gewichtige Studie... beeindruckendes Werk... eine mustergültige wissenschaftliche Arbeit... Utopia und Utopie hat nicht nur das Zeug dazu, ein neues Standardwerk zu werden, es ist dem Buch recht eigentlich zu wünschen, dass es diesen Status schnell erreicht.“

Simon Spiegel, *Quarber Merkur Nr. 113/2012*

„Neu und verdienstvoll ist die umfassende Begründung auf der formalen, inhaltlichen, funktionalen und intentionalen Ebene des klassischen Ansatzes, die in der Forschungsliteratur ihres Gleichen sucht... selbst dort, wo der Leser den Spuren Schölderles nicht folgen kann, schimmert die Qualität dieser Untersuchung durch, weil sie ihn zwingt, die Prämissen seiner eigenen Paradigmen zu überprüfen. Darüber hinaus ist sie ein wichtiger Beitrag zur Standortbestimmung der Utopieforschung im deutschsprachigen Raum.“

Richard Saage,
Politische Vierteljahreschrift (PVS) Nr. 3/2012

„Als Meister seines Themas erweist sich der Autor besonders in den sensibelsten Teilen des Buches, der methodisch-problemgeschichtlichen Einleitung und den Schlußausführungen über ›Utopia und die Aktualität utopischen Denkens.‘“

Matthias Wolfes,
Das Historisch-Politische Buch Nr. 3/2013



Akademie-Veranstaltungen im Spiegel der Medien

© ANDREAS HERMSDORF / PIXELIO.DE

Süddeutsche Zeitung, 30. Mai 2017

Auf Wachstumskurs

DIE AKADEMIE für Politische Bildung muss mit ihren Themen immer wieder auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren – inzwischen bietet sie Tagungen in ganz Bayern an.

Der Münchner Amoklauf versetzt am 22. Juli 2016 eine Millionenstadt in den vorübergehenden Ausnahmezustand. Twitter, Facebook und vor allem WhatsApp schaffen eine brisante Nachrichtensituation, der Polizei und Medien kaum noch Herr werden können. Leben wir in einer „hysterischen Mediengesellschaft“, in der soziale Netzwerke als virtuelle Brandbeschleuniger wirkten? Oder war es gar Panik, die zu einer „Desorientierung durch Angst“ führte? Mehr als 60 Menschen sitzen im Saal eines Hotels in Bayreuth und diskutieren mit Marcus da Gloria Martins, dem Pressesprecher des Münchner Polizeipräsidiums, und mit Journalisten, die in der Amoknacht im Einsatz waren.

Lehrer sind im Saal, Medienvertreter, auch Polizisten. Veranstalter der Tagung ist die in Tutzing beheimatete Akademie für Politische Bildung. Viel ist an diesem Tag von Medienkompetenz die Rede. Auch die gehört zur politischen Bildung. „Was bedeutet dieser neue Strukturwandel von Öffentlichkeit nun für die Demokratie und politische Kommunikation?“ fragt Tagungsleiter Michael Schröder. „Und wie verändert sich private Kommunikation, wenn sie immer öffentlicher und damit politischer wird?“

Die Akademie selbst ist Teil dieser öffentlichen Kommunikation, ist auf Twitter, Facebook, YouTube, Flickr, Instagram und Storify aktiv.

In den sechzig Jahren ihres Bestehens hat die Akademie immer neu auf gesellschaftliche Entwicklung reagieren müssen. Sie ist dabei in die Breite gegangen – inhaltlich, aber auch ganz wortwörtlich geografisch. Eine Tagung in Bayreuth ist längst keine Besonderheit mehr. Etwa jede achte Veranstaltung findet nach Angaben des Organisationsreferenten Manfred Schwarzmeier nicht in Tutzing, sondern in den bayrischen Regierungsbezirken statt – zuweilen auch in anderen Bundesländern oder gar im europäischen Ausland. 2015 beispielsweise führte die Akademie 26 Außenveranstaltungen durch: vier in Mittelfranken, jeweils drei in Oberfranken, Unterfranken und Niederbayern sowie eine in Schwaben. Die meisten dieser Außenveranstaltungen gab es jedoch in Oberbayern. „So erreichte die Akademie außerhalb Tutzings insgesamt 2700 Teilnehmer – fast doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren“, bilanziert Schwarzmeier...

... Seit 2011 leitet Ursula Münch die Einrichtung. Die Statistik zeigt, wie rasant sich das Tutzinger Angebot mit dem Bau des neuen Hörsaals entwickelt hat. Zwischen 2007 und 2010 bewegte sich die Zahl aller Veranstaltungen zwischen 108 und 120. Im Jahr 2011 konnten bereits 138 Veranstaltungen durchgeführt werden, teils schon im neuen Auditorium. Der Trend setzte sich fort: 156 Tagungen in den Jahren 2012 und 2013, 168 im Jahr 2014, 165 im Jahr 2015. 2016 gilt als das bisherige Rekordjahr mit insgesamt 184 Veranstaltungen. Auch die Teilnehmerzahlen sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen, der Höchststand lag im vergangenen Jahr bei 9900 Gästen...

*Martin Bernstein
(siehe Seite 16)*

Nordbayerischer Kurier, 15. Mai 2017

Die sozialen Medien als Brandbeschleuniger

SERIÖSER, fundierter Journalismus ist immer noch gefragt. Als in der Münchener Amoknacht im Juli 2016 die Nutzer von Twitter und Facebook durch die zahlreichen widersprüchlichen und Angst machenden Meldungen komplett verwirrt waren, haben sie sich bei den seriösen Journalisten gemeldet, um herauszufinden, was wirklich passiert ist. Das erzählt Martin Bernstein, Polizeireporter der „Süddeutschen Zeitung“ in München. „Das macht Hoffnung für die nächsten Jahre“, sagt der Reporter, der auch in unüberschaubaren Situationen, in denen großer Informationsdruck herrscht, auf verifizierte Meldungen setzt. Seine Lehre aus dem Münchener Amoklauf: „Wir Journalisten müssen unser Handwerk so machen, wie wir es gelernt haben. Nur das Werkzeug ist heute ein anderes, ändert sich ständig.“...

... Der Amoklauf in München dient dabei als Beispiel für die Wirkung der Sozialen Medien. Damals hätten Facebook, Twitter und Whatsapp mit ihrer Echtzeitkommunikation wie Brandbeschleuniger gewirkt und aus

einem Funken eine Feuersbrunst gemacht, sagt Tagungsleiter Michael Schröder. Die gefühlte Bedrohung sei größer gewesen als die echte. „Das alles geschah vorbei an den klassischen, professionellen Filtern der Massenmedien.“

Als „Ausnahmezustand in der Redaktion“ schildert die Leiterin der BR-„Rundschau“, Anja Miller, die Amoknacht. Ihre Redaktion habe daraus gelernt, in solche Situationen erst einmal Ruhe hineinzubringen und dann mit fundierten Informationen zu arbeiten.

„Wir wollen eine Instanz sein, auf die man sich verlassen kann.“ Nach der Amoknacht sei eine Verifikations-Einheit gegründet worden, um im Ernstfall Breaking News und die entsprechenden Bilder für das BR-Fernsehen zu checken. „Bei uns sitzen inzwischen auch die Social-Teams mit den ganz regulären Nachrichtenleuten in einem Zimmer“, berichtet sie.

„Der Begriff Fake News stört mich“, sagt der Pressesprecher der Münchener Polizei, Marcus da Gloria Martins. Es habe zwar damals punktuell in den So-

zialen Netzen Falschmeldungen gegeben, aber auch 73 Hinweise auf „Phantom-Tatorte“. „Das waren echte Notrufe. Die Menschen hatten massive Wahrnehmungsprobleme, eine Desorientierung durch Angst“, sagt da Gloria Martins. Niemand habe sich damit witzigmachen wollen. Im Hofbräuhaus habe beispielsweise ein Kellner ein Tablett fallen lassen. Daraufhin seien Menschen durch die geschlossenen Fenster gesprungen. „Da sehen Sie mal, was Angst aus Menschen macht.“ Die Sozialen Netzwerke seien nun mal da, also müsse man damit umgehen. „Sie geben auch ein Bestimmungsbild: Wie sehr bewegt etwas die Menschen?“ Was fehle, sei Medienkompetenz: „Die Nutzer müssen wissen, was gewisse Meldungen auslösen können.“

„Solche Taten funktionieren nicht ohne Publikum“, betont Viktoria Roth vom Institut für interdisziplinäre Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Sie hat über „das Phänomen Amoklauf und die Rolle der Medien“ geforscht. Für Täter spiele das Internet die entscheidende Rolle. Dort könnten jede Menge Informationen über frühere Amokläufe beschafft werden, außerdem sei es unentbehrlich, um die eigene Botschaft zu hinterlassen.

Der Amoklauf an der Columbine High School 1999 sei der Beginn der medialen Inszenierung solcher Verbrechen gewesen. Die beiden Täter hätten umfangreiches Medienmaterial zusammengestellt; sie wollten Nachahmer gewinnen. Die Bezeichnung „Revolution ausgestoßener Schüler“ haben viele nachfolgende Täter übernommen. „Es ist die Blaupause dafür, wie publikumswirksam solche Bluttaten inszeniert werden können.“ Roth appelliert an die Medien, diese Täter nicht mehr hervorzuheben. Besonders nicht mit deren Identität, mit Fotos.

Nicht eine hysterische Mediengesellschaft, sondern eine Gesellschaft in Panik sieht der Berliner Medienpsychologie-Professor Daniel Salber. Es gehe heute darum, immer mehr zu bekommen: „Alles haben wollen, in alle Rollen schlüpfen, alles sein. Alles perfekt und makellos, ohne Schatten. Aber möglichst ohne Arbeit, ohne Anstrengung“ skizziert er die heutige Gesellschaft. Doch je mehr die Menschen dabei seien, ihre scheinbar perfekte Welt zu bauen, desto mehr dränge sich das Böse hinein: Terror, Amokläufe, Gewaltexplosionen.

Andrea Herdegen
(siehe Seite 16)



Süddeutsche Zeitung, 23. Mai 2017

Akademiechefin: Urteilsfähigkeit der beste Faktencheck

DIE DIREKTORIN der Akademie für Politische Bildung Tutzing, Ursula Münch, hält politische Urteilsfähigkeit für den besten Faktencheck. Zunehmend beschäftige sich die Bildungseinrichtung aber mit der Frage, welche Auswirkungen es auf die politische Urteilskraft hat, wenn immer Menschen sich durch die sozialen Medien informieren. „Wir analysieren in den Tagungen, wie sich diese Netzwerke auf das Informationsverhalten der Bürger und auf die klassischen Medien auswirken“, sagte Münch im Interview der Deutschen Presse-Agentur.

Die Akademie feiert in diesen Tagen ihr 60-jähriges Bestehen. Münch sieht in der Stärkung der politischen Urteilskraft die Hauptaufgabe von politischer Bildung...

(siehe Seite 3)

Starnberger Merkur, 28. Mai 2017

Eine bayerische Erfindung Was die Akademie für Politische Bildung einzigartig macht

... IN ZEITEN von alternativen Fakten und Manipulationen vor allem im Internet sind Aufklärung und politischer Diskurs umso wichtiger.

Professor Ursula Münch weiß um die Bedeutung der Aufgabe. „Wir wollen Positionen analysieren und beleuchten“, sagt sie. „Wir wollen die politische Urteilskraft stärken und dafür sorgen, dass sie Menschen nicht so schnell in die Manipulations-Maschine geraten.“ Die größtmögliche Unabhängigkeit ist dabei ein großes Geschenk. „Wir werden aus Steuergeldern finanziert, sind aber niemandem zugeordnet“, sagt Münch. Kein Regierungschef, kein Minister, kein Verbands-Oberer, dem sie Rechenschaft ablegen müsste. „Das ist eine bayerische Erfindung. Das gibt es weltweit nur in Tutzing.“ Dem bayerischen Akademiegesetz sei Dank...

Peter Schiebel

Frankenpost, 24. Mai 2017

Ernste Themen in der Idylle

... DIE AKADEMIE versteht sich als Forum der Information und Kommunikation über aktuelle und grundsätzliche Themen der nationalen und internationalen Politik. Sie will aber auch Raum bieten für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und der DDR. Außerdem sieht sie sich als Stätte der Weiterbildung für alle, die zur politischen Meinungsbildung beitragen. Schließlich ist sie Treffpunkt für Akteure aus Politik, Wissenschaft, Bildung, Medien und Öffentlichkeit.

Für ihre Arbeit darf die Akademie in diesem Jahr gut vier Millionen Euro ausgeben. Das meiste Geld stammt aus dem Staatshaushalt. Sie beschäftigt derzeit knapp 50 Mitarbeiter.

Die seit 2011 amtierende Direktorin Ursula Münch legt Wert darauf, „dass wir in der Akademie den Menschen kein politisches Urteil, keine Meinung aufdrücken.“ Vielmehr wolle sie, „dass die Menschen in unseren Veranstaltungen mit politischer Urteilskraft bereichert werden und so von uns weggehen in dem Gefühl, mehr zu wissen und damit auch etwas für die Demokratie bewegen zu können“....

Paul Winterer

Die Welt, 31. Mai 2017

Karlspreisträger Ash mahnt politische Bildung an

DER BRITISCHE HISTORIKER und Autor Timothy Garton Ash hat die Rolle Deutschlands in der Weltpolitik betont. Deutschland sei „ungewollt wieder fast so etwas wie eine Weltmacht“, sagte Ash am Mittwoch in München. Als Begründung nannte Ash die feste Einbettung in alle europäischen Institutionen.

Die Europäische Union und der gesamte Westen befänden sich aber in einer „existenziellen Krise“. Konkret kritisierte er den nationalistischen Populismus und verwies darauf, dass nur noch gut die Hälfte der jungen Europäer die Demokratie für die beste Regierungsform hielten. „Wir leben somit in einer Zeit, in der politische Bildung wichtiger ist denn je.“

(siehe Seite 5)



© SCHRÖDER / APB

SEPTEMBER 2017

September	Tutzinger Sommerakademie	36-1
4. – 7.	Investitionen in Deutschland Öffentliche Infrastruktur, Wohnungsbau und Energiewende	
	In Kooperation mit dem ifo-Institut Dresden	
Leitung:	Wolfgang Quaissner / Joachim Ragnitz	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
September	Tutzinger Journalistenakademie	36-2
7. – 8.	Wie Technik den Journalismus verändert	
	In Zusammenarbeit mit der Professur für Praktischen Journalismus an der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm	
Leitung:	Sebastian Haas / Markus Kaiser	
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46
September	Tutzinger Journalistenakademie	36-3
10. – 12.	Hörbar glaubwürdig 13. Tutzinger Radiotage	
Leitung:	Michael Schröder	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
September	Aktuelle Herausforderungen für die internationale Sicherheitspolitik	*38-3
18. – 20.	In Kooperation mit dem Landeskommmando Bayern	
Leitung:	Anja Opitz / Uwe Löffler	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
September	Gesellschaft. Sucht. Alkohol.	*38-1
21. – 24.	Soziale, ökonomische und gesundheitliche Bilanzierung eines vermeintlichen Kulturgutes	
	Interdisziplinäre Kooperationstagung mit der Studienstiftung des deutschen Volkes	
Leitung:	Andreas Kalina / Peter Kainz	
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46
September	1917 – Epochenjahr der Weltgeschichte?	39-4
27. – 29.	In Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Passau	
Leitung:	Sebastian Haas / Hans-Christof Kraus / Marc von Knorring	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47
September	In drei Tagen durch die europäische Nachbarschaft	39-3
29. – 1.	Nationalstaatliche Interessen versus multilaterale Partnerschaft	
Oktober	In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Institut für den Donauraum und Mitteleuropa	
Leitung:	Anja Opitz / Sebastian Schäffer / Walter Staufer	
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46
September	Akademiegespräch am See: Stabilisierung und Aussöhnung	39-5
29.	Eine reformierte Europäische Nachbarschaftspolitik zeigt Wirkung	
	In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Institut für den Donauraum und Mitteleuropa	
Leitung:	Anja Opitz / Sebastian Schäffer / Walter Staufer	
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46

Tiefgang am See

Eine Auswahl von Tagungen der Akademie in den nächsten Monaten

OKTOBER 2017

Oktober	■ Internationale Akademie ■	*40-1
2. – 6.	Antike und Byzanz als historisches Erbe in Südosteuropa (19. – 21. Jahrhundert)	
	56. Internationale Hochschulwoche	
	In Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft München	
Leitung:	Wolfgang Quaisser / Hans-Christian Maner / Ioannis Zelepos	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
Oktober	Bundestagswahl 2017	40-2
6. – 8.	Wahlkampf, Ergebnis, Perspektiven	
	In Zusammenarbeit mit der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V.	
Leitung:	Ursula Münch / Heinrich Oberreuter / Jörg Siegmund	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47
Oktober	Der (wirtschafts-)politische Einfluss des Ordoliberalismus	41-1
9. – 10.	Denkformen und Netzwerke	
	In Kooperation mit der Cusanus Hochschule	
Leitung:	Michael Spieker / Walter O. Ötsch	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
Oktober	Die Verrohung der Republik	41-3
13. – 14.	Politischer Diskurs im Wandel	
	In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung	
Leitung:	Manfred Schwarzmeier / Gerd Rudel	
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46
Oktober	Chances and Challenges	42-1
16. – 18.	Immigration and International Relations	
	In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München	
Leitung:	Anja Opitz / Gabriele Rigó-Titze	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
	Anmeldung über das Pädagogische Institut der Landeshauptstadt München	

Oktober	Sozialer Friede in der Einwanderungsgesellschaft	*42-4
18. – 20.		
	In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis interkulturelle Arbeit München (AKIA)	
Leitung:	Gero Kellermann / Martha Doll / Luca Schimmel	
Sekretariat:	Simone Zschiegner	Tel. +49 8158 256-47
Oktober	Tutzinger Kulturnacht 2017	42-2
20.	Musik schafft Heimat	
	In Zusammenarbeit mit Musizierenden der Bayerischen Philharmonie	
Leitung:	Michael Schröder	
Sekretariat:	Antonia Kreitner	Tel. +49 8158 256-58
Oktober	Fake News und „alternative Fakten“	42-3
20. – 22.	Medien, Politik und Populismus	
	In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) und der Europäischen Akademie Bayern	
Leitung:	Michael Schröder / Armin Scherb / Birgit Schmitz-Lenders	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
Oktober	Philosophie vor Ort	43-3
25. – 1.	Kampanien	
	In Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München	
Leitung:	Michael Spieker / Peter Schmidbauer	
Sekretariat:	Heike Schenck	Tel. +49 8158 256-46
	Außenveranstaltung in Velia / Italien	
Oktober	■ Tutzinger Schülerforum ■	*43-6
25. – 26.	„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ / aktivcoach 2017	
	In Zusammenarbeit mit dem Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München	
Leitung:	Jörg Siegmund	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17
Oktober	Alles in Bewegung?	43-4
27. – 28.	Mobilität im 21. Jahrhundert	
	In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis interkulturelle Arbeit München (AKIA)	
Leitung:	Andreas Kalina	
Sekretariat:	Alexandra Tatum-Nickolay	Tel. +49 8158 256-17



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch referierte im Rahmen der Ringvorlesung „Digitalisierung“ an der TU München zum Thema „Digitalisierung als Bedrohung der Demokratie? Politikwissenschaftliche Untersuchungsansätze und Einordnungen“ und sie wirkte an der gemeinsamen Tagung „Bildung und Kompetenzen für die digitale Gesellschaft und Arbeitswelt“ von Hochschulrektorenkonferenz und Hochschule München als Podiumsteilnehmerin und Referentin mit. Im Rahmen von „das salontestival“ diskutierte sie zum Thema „Demokraten fallen nicht vom Himmel: Was wäre, wenn wir Schule zu einem Ausgangsort für eine demokratisch geschulte Gesellschaft machen würden?“. Um die Zukunft der Europäischen Union ging es in einem Vortrag vor der Kreisobmänner- und Kreisbäuerentagung des Bayerischen Bauernverbands. Bei einer gemeinsamen Klausurtagung von Handwerkskammer Schwaben und Genossenschaftsbanken referierte sie zu „Demokratie in Gefahr? Wie gefährlich sind Populisten und alternative Fakten?“. Bei der Mitgliederversammlung der Katholischen Erwachsenenbildung Bayern hielt die Direktorin einen Vortrag über politische Bildung in der Erwachsenenbildung und bei der Nürnberger Sicherheitskonferenz den Festvortrag über Europas Rolle in der Welt. Gemeinsam mit Professorin Sylvia Schraut veranstaltete sie an der Universität der Bundeswehr München im Frühjahrstrimester 2017 ein Masterseminar über „Populismus und Rechtsextremismus als Gegenstand geschichts- und politikwissenschaftlicher Analysen“.

Kollegium

Dr. Sebastian Haas nahm an einer Podiumsdiskussion am Günther-Stöhr-Gymnasium in Icking zum Thema „Lügenpresse, Fake-News, Rudeljournalismus – Alles klar mit unserer Mediendemokratie?“ teil.

Dr. Andreas Kalina sprach und debattierte in Berlin anlässlich der Vorsitzklausur der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur über „Aktuelle Herausforderungen der politischen Bildung“. In München wirkte er am Hintergrundgespräch über die gegenwärtige Situation in der Türkei und ihre Auswirkungen auf Bayern mit. In Kirchham hielt Kalina bei der Klausurtagung des Arbeitskreises für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag eine Keynote-Speech zum Thema „Europäische Desintegration?“. Im Europäischen Parlament in Straßburg nahm er an der Expertenrunde „Europa in Wissenschaft und Politik“ teil.

Dr. Gero Kellermann sprach in Paris auf einer internationalen Konferenz über Migration zum Thema „Citizenship and integration of migrants“.

Dr. Michael Mayer sprach an der Universität Bern zum Thema „Häusliche Gewalt und Polizeireformen in den USA 1950 bis 1990“. An der Universität der Bundeswehr München gab er ein Seminar zum Thema „Frauen im 19. Jahrhundert in Deutschland und den USA“. Im Kloster Benediktbeuern leitete er einen Workshop zur Frage von Grenzkontrollen in Großbritannien und der Bundesrepublik.

Dr. Anja Opitz hielt am Pomona College in den USA einen Vortrag über „EU-Security and Defence“ und sprach bei der Hanns-Seidel-Stiftung über die Konsequenzen des Brexit für die europäische Verteidigungspolitik. In Wien hielt sie eine Vorlesung „International Institutions, Organisations and Relations“.

Jörg Siegmund, M.A., referierte beim Bundestreffen der Ackermann-Gemeinde im Kloster Rohr über Instrumente gegen das Auseinanderbrechen der Gesellschaft. Er moderierte die Podiumsdiskussion „Integration ausgeträumt? Bayern zwischen Anpassung und Ausgrenzung“ in Kooperation mit dem Netzwerk „Asyl im Oberland“ in Peißenberg.

Dr. Michael Spieker sprach auf einer Tagung der Aristoteles-Universität in Thessaloniki über „Freiheit und Recht bei Hegel und Marx“. In Obermarchtal referierte er über „Differenz und Identität bei Hegel und Marx“. An der Universität Freiburg i.Br. hält er im Sommersemester ein Seminar über die Philosophie des Lehrerseins und an der Katholischen Stiftungsfachhochschule in München eines über aktuelle Themen der Sozialpolitik.